

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus für Deutschland 12 M., im voraus zahlbar. Für Postbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung stehen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das gesamte Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Kurlands 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 60 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 40.

Die abendliche Komparsenliste über dem Raum 4.-11. M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das letzte Heft des Wort 1.-11. M., jedes weitere Heft 1,00 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Zusätze Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belände 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Belände in Wort-Anzeigen: das letzte Heft des Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.-11. M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zeitgemäße Erinnerungen

In diesen Tagen schwillt das Geschrei der Reaktionäre aller Schattierungen, die dem neuen System Lobsprüche geschworen haben, zu wahren Orkanen an. Mit den niedrigsten Mitteln der Frey- und Versammlungspolemik wird die öffentliche Meinung in Deutschland gegen die Parteien aufzuheben gesucht, die durch die Annahme des Londoner Ultimatums, das doch nur der Kriegspolitik der alldeutschen Kreise zu verdanken ist, das Damoklesschwert der Ruhrbesetzung und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands aufgehoben haben. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie das Vaterland verraten haben, daß sie die Latengräber von Deutschlands Macht und Größe sind, daß sie sich wohl fühlen im Dienst der Entente.

Nun ist es wohl richtig, daß die Annahme des Londoner Ultimatums von den verschiedenen Parteien aus verschiedenen Gründen erfolgt ist. Das soll aber hier nicht untersucht werden. Es soll hier, und das ist von Zeit zu Zeit nötig, das schlechte Gedächtnis der reaktionären Schreier aufgefrischt und ihnen heimgeleuchtet werden. Bei der bekannten Eifersüchtnis der Alldeutschen wird sie das allerdings kaum aufhalten in ihrer Hezcampagne. Aber für die breitere Öffentlichkeit ist es doch von Wert, zu erfahren, wie es denn eigentlich in Wirklichkeit mit dem Wachsen und Werden von Deutschlands Macht und Größe bestellt ist und wer den stärksten Anteil daran hat.

Selbst dem oberflächlichsten Kenner der preußisch-deutschen Geschichte ist bekannt, daß der Gedanke der deutschen Einheit von keiner Seite härteren Widerstand erfahren hat, als von den deutschen Fürsten, in erster Linie von den preußischen Königen und ihren Hofstranzern. Was Deutschland geworden ist nach 1813, nach 1848, nach 1870, das ist es geworden in erbittertem Kampf gegen dynastische Interessenpolitik, in stetem Gegensatz zu seinen Fürsten. Einen weiteren unanfechtbaren Beleg für diese Tatsache liefert ein eben erschienenes Schriftchen des sozialdemokratischen Schriftstellers Paul Kampffmeyer „Das deutsche Volk und die deutschen Fürsten in der deutschen Einheitsbewegung“. Das Schriftchen erhält seinen besonderen Wert und seine durchschlagende Beweisraft dadurch, daß es hauptsächlich Zitate aus den Werken solcher Historiker gibt, die durchaus als Anhänger des verfallenen kaiserlichen Deutschland zu gelten haben, wie etwa Erich Brandenburg, v. Sybel, Delbrück, Marks u. a.

Es ist gerade in unseren Tagen, da Elßah-Lothringen wieder an Frankreich gefallen ist, nicht ohne Interesse, zu erfahren, wie sich die preußischen Fürsten bei der Wegnahme dieses Landes durch die Franzosen verhalten haben. Der sogenannte „Große Kurfürst“ ließ wenige Tage nach der Wegnahme Straßburgs durch Ludwig XIV. dem französischen Gesandten einen mit Diamanten besetzten Degen überreichen, um, wie er sagte, zu zeigen, daß auch durch diese Wegnahme seine Gesinnung zu Ludwig XIV. und seine Freundschaft für dessen Gesandten sich nicht geändert habe. In jener Zeit flossen auch große Summen an die kurfürstlichen Räte zur Unterstützung der französischen Politik. Diese echt deutsch-nationale Politik des Großen Kurfürsten war diktiert vom einseitigsten preußischen Interesse, dem bedenkenlos deutsche Interessen geopfert wurden. In dieselbe Kerbe hieb der „Große Friedrich“. Als Oesterreich gegen Frankreich rüstete, um das Elßah zurückzuerobern, schrieb der „Große König“ am 12. Juli 1744 dem König von Frankreich: „Ich erfahre, daß die österreichische Armee in das Elßah eingedrungen ist; das genügt mir, meine Operationen festzusetzen.“ Das bedeutete, daß er gegen Oesterreich losschlug.

Am häßlichsten und widerwärtigsten zeigte sich die Abneigung gegen die deutsche Einheit, wie überhaupt gegen jede Bewegung, die aus dem Volke entsprang, vor und nach den Befreiungskriegen. Den erhabendsten Bildern der nationalen Begeisterung, den leuchtendsten Zeichen ideeller und materieller Opfer stand die Dynastie kühl und ablehnend gegenüber. Man begreift es heute kaum mehr, daß ein Volk im Rausche seiner Erhebung den „König“ Friedrich Wilhelm III. nicht einfach zum Teufel gejagt hat. Dieser fürchtete für nichts, nicht für das Land und nicht für das Volk, sondern nur für sein Haus und für seine Krone. Von kleinlicher Engerbzigkeit und ewigem Mißtrauen erfüllt, ging ihm jedes Verständnis für die große Volksbewegung ab. So schreibt er beispielsweise auf den Rand der Denkschrift Gneisenaus über die Notwendigkeit einer allgemeinen Volksbewaffnung: „Als Noeste gut!“. Noch im Februar 1813 wehrt er sich gegen die Bildung freiwilliger Jägerkorps, indem er meint: „Freiwilligen anrufen, ganz gute Idee, wird aber keiner kommen“. Wie dieser Held auf dem Throne aussah, sagt uns der Biograph des Reichsfreiherrn vom Stein, Professor Max Lehmann:

„Ein grausames Gesicht hatte ihm den Kommandostab in die Hand gedrückt, nur um zu zeigen, daß er ihn nicht führen könne, dann war er gelassen, und er, der mit seinem Kabinett den Anspruch erhob, alles zu regieren, hatte alles sich selbst überlassen.“

Das Fliehen hat ihm sein Vetter Wilhelm II. nachgemacht. Den Freiherrn vom Stein, den Mann, der da-

Oberschlesien vor der Botschafter-Konferenz Einigung über gewisse Fragen

E.C. Paris, 28. Mai.

Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich heute mit der ober-schlesischen Frage. In einem amtlichen Bericht wird gesagt, daß die Konferenz von den verschiedenen Depeschen, welche die alliierten Regierungen aus Dppeln erhielten, Kenntnis nahmen. Sie gelangte auch zu einer Einigung über gewisse Fragen, die der Interalliierten Kommission vorgelegt werden sollen, damit diese Vorschläge, die der Botschafterkonferenz unterbreitet worden waren, zur Verwirklichung gelangen könnten.

Der Temps fügt diesem Bericht erläuternd hinzu: Der Vorschlag mit dem sich die Botschafterkonferenz beschäftigte, war von dem Vertreter Italiens gemacht worden, dem sich dann der Vertreter Englands anschloß. Der Vorschlag selbst ist bereits bekannt. Er lautet daraus hinaus, Deutschland die provisorische Verwaltung des westlichen und nördlichen Teiles des Abstimmungsgebietes zu übergeben, während Plesch und Rybnitz Polen unterstünden. Die alliierten Truppen sollten in der Mitte des Gebietes konzentriert werden. Der französische Vertreter machte Einwendungen gegen diesen Vorschlag Italiens, welcher bereits in dem vom Vertreter Englands unter dem 11. 5. vorgebrachten Antrag, der von der französischen Regierung aber abgelehnt wurde enthalten war.

Der Temps meint, gegenwärtig, da die polnischen Insurgenten die Waffen niederlegen wollen, könne der italienische Antrag keinen Nutzen mehr bringen. Es wäre befremdlich, die Polen und die Deutschen einzuladen, gewisse Gebiete zu verwalten, während die Polen einerseits sich bereit erklärten, die Autorität des Interalliierten Kommission in den von Polen besetzt gehaltenen Gebieten anzuerkennen und während zu gleicher Zeit die Deutschen erklärten, die Waffen niederlegen zu wollen, wenn Polen das gleiche getan hätte. Aber schon in den nächsten Tagen werde man sehen, ob die Unterwerfung der polnischen Insurgenten durchgeführt wurde. In diesem Falle würde der italienische Vorschlag durch die Ereignisse bereits überholt sein, und dann nicht mehr zur Prüfung gelangen.

Der Uebergangsplan

Die gestrige Sitzung der alliierten Botschafterkonferenz hat sich mit dem Plan zum ersten Male befaßt, der von englischer und italienischer Seite über das vorläufige weitere Schicksal Oberschlesiens aufgestellt worden ist und den man als Uebergangsplan bezeichnet. Die Botschafterkonferenz

mals die Notwendigkeiten der Zeit erkannte und wie kein zweiter fähig war, den preußischen Staat zu erneuern, jagte er aus dem Amt und nennt ihn

„einen widerpenstigen, trotigen und ungehorsamen Staatsdiener, der, auf sein Genie und seine Talente poßend, weit entfernt, das Beste des Staates vor Augen zu haben, nur durch Capricen geleitet, aus Leidenschaft und persönlichem Haß und Erbitterung handelte.“

Damit vergleiche man die schändliche Gesichtsflitterung, die in den Säulen unserer Jugend vorgeführt wird. Dort lehrt man, daß Friedrich Wilhelm III. mit dem Ausruf: „An mein Volk“ sich an die Spitze seines Volkes zur Befreiung des Landes gestellt habe. Dabei mußte dieser Ausruf dem „König“, diesem Sinnbild von Unentschlossenheit und Hinterlist, geradezu abgerungen werden.

Weit schlimmer wurde der nun mächtig hervorschießende deutsche Einheitsgedanke nach den Befreiungskriegen von den preußischen und österreichischen Fürsten und ihren Postzeiorganen gemißhandelt. Allgemein bekannt ist diese Zeit unter der Bezeichnung der Demagogen-Verfolgungen. Sie gehört zu den trübsten und gemeinsten Kapiteln der preußisch-deutschen Geschichte. In Oesterreich sah der allmächtige Metternich, der nach dem Wiener Kongreß das Habsburgerreich am liebsten in eine Totenwüste verwandelt hätte, wo nichts Lebendiges mehr sich regte. Der preussische Hof und die preussische Regierung gaben Metternich nichts nach. Diesen finstern Gesellen der Reaktion, diesen Feinden des Lichts, war jeder Hauch geistiger und politischer Freiheit, mochte er auch durchaus patriotischem Empfinden entspringen, in tiefster Seele zuwider.

Die Herrschenden, die die preussischen Könige nicht genug loben können und vor Sehnsucht vergehen, daß bald wieder ein Hohenzoller den preussischen Königstron oder den deutschen Kaiserthron einnehmen würde, dem leicht empfänglichen und leicht verführbaren Volke vorzuzählen, daß die Hohenzollern die wahren Führer des deutschen Volkes, die wahren Gründer der deutschen Größe und Einheit gewesen seien, sagen bewußt die Unwahrheit. Hat doch Friedrich Wilhelm III. selbst davor nicht zurückgeschreckt, acht nationale und patriotische Schriftsteller und Dichter, wie Ernst Moritz Arndt, den Turnvater Jahn, Friß Reuter, Hoffmann von Fallersleben, den Dichter von „Deutschland, Deutschland über alles“, verfolgen zu lassen, nur weil sie dem Gedanken der deutschen Einheit zugeban waren. Die Studenten, die

hat ihn anscheinend vorläufig nur zur Kenntnis genommen. Es soll nach diesem Plan, bis der Oberste Rat der Alliierten die letzte Entscheidung getroffen hat, eine Dreiteilung der Abstimmungszone vorgenommen werden. Die Deutschen sollen die westlichen Kreise, die Polen die Kreise Plesch und Rybnitz erhalten, während sich das Hoheitsrecht der Interalliierten Kommission auf das eigentlich umstrittene Gebiet, das Industrieviertel, beschränken soll. Die Verfasser des Uebergangsplanes glaubten offenbar, mit ihm eine Verständigung zwischen Frankreich und den anderen Alliierten vorbereiten zu können. Der Plan hat aber die entgegengesetzte Wirkung ausgeübt. Die nationalistische Pariser Presse gebärdet sich außerordentlich erregt, denn sie hätte am liebsten gesehen, wenn die Entente die durch den polnischen Zustand geschaffene Lage in irgendeiner Form legalisiert hätte. Kaum hat sich Briand ein Vertrauensvotum von der Kammer geholt, und schon sieht er sich wieder den heftigsten Angriffen ausgesetzt. Briand setzt zunächst, um diesen Angriffen zu begegnen, seine Verhaleppungspolitik fort. Er hat durchgesetzt, daß die nächste Konferenz des Obersten Rates um Wochen hinausgeschoben worden ist, und es steht auch jetzt noch nicht fest, daß der zuletzt genannte Termin, der 15. Juni, wirklich die entscheidende Sitzung bringen wird. Die englische Regierung scheint nun aber entschlossen zu sein, dieser Verschleppungstatistik Widerstand entgegenzusetzen. Wenigstens deutet die folgende von Reuter verbreitete Meldung darauf hin:

Es besteht ungeachtet dessen, daß von der französischen Regierung ein bestimmtes Datum für den Zusammentritt des Obersten Rates zur Besprechung des Aufstandes in Oberschlesien noch nicht vorgeschlagen worden ist, auf englischer Seite die ausgeprägte Empfindung, daß eine möglichst baldige Einberufung des Obersten Rates von wesentlicher Bedeutung ist. Wie man auch den Vorschlag einer weiteren Prüfung der Einzelheiten durch technische Sachverständige bewerten mag, so besteht doch das Empfinden, daß eine solche Prüfung nicht an die Stelle einer Beratung der Frage durch den Obersten Rat treten kann, der allein berufen ist, sich mit den mit dieser Angelegenheit verbundenen, wichtigen politischen Folgen und mit der Wiederherstellung der Autorität der alliierten Mächte über die Insurgenten zu beschäftigen. Der englische Vorschlag, in Oberschlesien drei Zonen zu schaffen, die von den Polen, den Deutschen und den Alliierten besetzt werden sollen, ist nunmehr der Botschafterkonferenz von den englischen und italienischen Vertretern in der Interalliierten Plebiszitkommission förmlich unterbreitet worden.

(Siehe auch Seite 2.)

in patriotischer Begeisterung von den Schlachtfeldern der Freiheitskriege an die Universität zurückgeführt waren, schlossen sich in der Burschenschaft zusammen, die gegen die Landsmannschaften die Idee der deutschen Einheit vertrat. Ihre große Kundgebung auf der Wartburg wurde als Haupt- und Staatsaktion von den feilen Bediensteten der Reaktion verzerrt. Die glänzenden Geister, die rührigsten Vertreter des deutschen Einheitsgedankens sind aus der Burschenschaft hervorgegangen. Und mit welchen Mitteln wurde sie verfolgt! Die Studentenschaft unserer Tage, von einem hohlen, phrasenhaften Nationalismus besessen, dem jeder wirklich patriotische und soziale Inhalt fehlt, steht tief unter den Burschenschaftlern der zwanziger und dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Sicher ist sie gerade deshalb eine hervorragende Frontstütze der militaristischen und monarchistischen Reaktion.

Friedrich Wilhelm IV. stand seinem Vater nicht nach in der eigensüchtigen Vertretung der dynastischen Interessen, in dem Haß gegen den großdeutschen Gedanken. Dieser Romantiker auf dem Throne, dem die Märztage 1848 die schwarzrotgoldene Fahne in die Hand zwang, und der die Todesopfer der Berliner Straßenkämpfe mit entblöhtem Haupt grüßen mußte, konnte sich trotzdem nicht dazu entschließen, den Willen des Volkes gegen den Willen der Fürsten Folge zu geben. Die deutsche Nationalversammlung hatte am 28. März 1848 mit 290 Stimmen bei 248 Stimmenthaltungen, Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser gewählt. Eine Deputation mit dem Präsidenten von Simson an der Spitze, fuhr nach Berlin, um den König zur Annahme der Wahl zu bewegen. Die Minister waren für die Annahme. Der König aber gab eine Antwort, die von der Frankfurter Deputation nur als eine Ablehnung der Krone ausgelegt werden konnte.

„Da die Verfassung, auf Grund deren die Wahl erfolgt sei, vom König nicht als bereits zu Recht bestehend, sondern als ein erst dem Beschlusse der Fürsten zu unterbreitender Entwurf behandelt werde.“

Die wirkliche Gesinnung des Königs spricht aus den Worten, die er an Bunseu schrieb: „er wolle sich nicht ein Hundehalsband anschaffen lassen, das ihn unauslöschlich an die Volkshoheit fesselt, der Revolution von 1848 selbst eigen machen solle.“

„Daher rühret mein Bescheid an die geradezu inqualifizierte (unfähige) Deputation der Paulskirche. Des Bescheides Sinn ist: Ich kann euch weder ja, noch nein antworten. Man nimmt nur an und schlägt nur aus eine Sache, die geboten werden kann. Und

*) Paul Kampffmeyer: Das deutsche Volk und die deutschen Fürsten in der deutschen Einheitsbewegung. G. Birk & Co. G. m. b. H., München.

Ihr habt da gar nichts zu bieten. Das mache ich mit meinesgleichen ab. Jedoch zum Abschied die Wahrheit: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten. Adieu."

So verziet dieser Preußenkönig, der Sohn von mehr als 24 Regenten, Kurfürsten und Königen, die deutsche Einheitsidee, weil diese nicht den Kabinetten der deutschen Fürsten, sondern dem Willen des Volkes entsprungen war.

Und nun die endgültige Verwirklichung der deutschen Einheit durch Bismarck. Auch der "große" Wilhelm war von engstem Preußenpartikularismus erfüllt und sträubte sich mit aller Kraft gegen die deutsche Kaiserkrone, aus Furcht, daß Preußen dabei etwas einbüßen könnte. Bismarck führte die Kriege 1864, 1866, 1870/71 herbei, um die Großmachtstellung Preußens zu befestigen und unter Preußens Führung die deutsche Einheit zu verwirklichen. Nur die rücksichtslose Härte, und die kein Mittel verabschweigende Politik Bismarcks, brachte es fertig, daß mit Mühe und Not am 18. Januar 71 die Kaiserproklamation in Versailles zustande kam. Doch damit war die deutsche Einheit noch keineswegs befestigt. Die Versailles Proklamation war ausschließlich ein dynastisch-militärischer Akt, keine wirkliche Einigung des deutschen Volkes. In Süddeutschland war es besonders Bayern, das zu Anfang des deutsch-französischen Krieges keineswegs sofort und bereitwillig an die Seite Preußens trat. Bayern mobilisierte wohl seine Truppen, aber die Bewilligung der erforderlichen Mittel erfolgte nur für eine bewaffnete Neutralität. Trotz des großen Jubels und der Begeisterung nach den ersten Siegen blieben die Fürsten und die Regierungen kühl. Das bekennet auch Professor Brandenburg, indem er schreibt:

"Aber es ist nicht so gewesen, wie es auf den ersten Blick wohl scheinen konnte, als hätte die Waffenbrüderschaft zwischen Nord und Süd in dem großen nationalen Kampfe nun ohne weiteres die politische Einigung der getrennten Hälften Deutschlands zur selbstverständlichen Folge gehabt. Denn die Regierungen und die Herrscher der Einzelstaaten teilten diese Begeisterung keineswegs und waren anfangs durchaus nicht gewillt, sich fortsetzen zu lassen."

Die "ganze kleinliche Selbstsucht des dynastischen Partikularismus" wurde noch einmal lebendig, als Bismarck durch Verträge mit den süddeutschen Einzelstaaten die deutsche Einheit gründen wollte. In Bayern war es Ludwig II., der der deutschen Einheit und besonders der Übernahme der deutschen Kaiserwürde durch Preußen ablehnend gegenüberstand. Er fürchtete eine Beschränkung seiner königlichen Rechte. In Bayern, d. h. am bayerischen Hofe, war man deshalb verstimmt, weil man eine Alternierung der Kaiserwürde zwischen Preußen und Bayern erhofft hatte, also dergestalt, daß Preußen und Bayern abwechselnd die Kaiserwürde erhalten sollten. Das sind die Motive, von denen die Fürsten geleitet wurden. Dagegen vergleiche man die opfervollen Kämpfe, die große Telle des gebildeten deutschen Bürgertums unter kräftigster Unterstützung der erwachenden Arbeiterklasse um die deutsche Einheit geführt haben. Diese unwiderleglichen historischen Tatsachen sind das stärkste Beweismittel gegen die Theorie von der alleinigmachenden Monarchie. Selbst ein Bismarck, der wahrhaftig nicht unser Freund war und ist und der heute von den Aldeutschen als Nationalheld gepriesen wird, hatte seine eigene Meinung über die Fürsten. Seine robuste Krafnatur machte allerdings auch vor ihnen nicht halt.

So stehen die Sachen in Wirklichkeit. Das deutsche Fürstentum, das in der Geschichte Deutschlands zweifellos eine hervorragende Rolle gespielt hat und tief mit den Staatseinrichtungen und der Volksgemeinschaft verknüpft war als in anderen Ländern, ist rechtlich und tatsächlich erledigt. Der moderne Kapitalismus, der alle historischen Gesetze sprengte und die Bedingungen der Fürstentumskräfte radikal vernichtete, ist seiner Natur nach antidynastisch und demokratisch. Dem widerspricht nicht, daß zahlreiche Groß- und Kleinrentiers während der Monarchie und Monarchisten sind. Das kapitalistische System selbst, mit den Triebkräften und Auswirkungen seiner ökonomischen Gesetze, schafft sich auch seine politische Form, und die ist nun einmal die bürgerliche Demokratie. Der Versuch aber, die Monarchie als die ideale Staatseinrichtung und die Träger der Krone als die wahrhaftigen Diener des Volkes zu preisen, bedeutet die größte Fälschung der geschichtlichen Wahrheit. Alles Große in Deutschlands Geschichte in den letzten zwei Jahrhunderten ist im Kampf gegen die Monarchie, gegen die Hausinteressen der Dynastien geworden und ausschließlich den lebendigen Kräften des Volkes entsprungen.

Der imperialistische Sumpf

Die sozialistische Internationale und Oberschlesien

Die französische Arbeiterbewegung kann im Augenblick leider nicht ihre Aufgabe erfüllen, dem Nationalismus ihres Landes mit aller Schärfe entgegenzutreten und die Regierung zu zwingen, endlich eine Politik der Verständigung und der Ausöhnung zu beginnen. Gerade in Frankreich und besonders bei dieser Gelegenheit zeigt sich die unheilvolle Wirkung, die die von Moskau betriebene Spaltungssache auf die Aktionsfähigkeit des internationalen Proletariats ausübt. Immerhin beginnt sich auch in Frankreichs Arbeiterkreisen der Widerstand gegen die Politik der Regierung in kräftigster Weise zu rühren. So hat auf dem in Reims abgehaltenen französischen Bergarbeiterkongress der Gewerkschaftsführer Dumoulin die Regierung heftig angegriffen. Er wies mit Recht darauf hin, daß allein die Internationale der arbeitenden Klasse imstande sein werde, die dringend notwendige Völkerverständigung anzubahnen und durchzuführen.

Die Stellung der englischen Arbeiter

Wie man auch den Charakter der von England neuerdings betriebenen Politik beurteilen mag, so ist das eine bei ihr anzuerkennen, daß sie nicht mehr ausschließlich von Kriegsparolen beherrscht ist, sondern daß man jetzt auch freundlichere Worte zu hören bekommt. Lloyd George hat, als er ausführte, daß man auch dem besiegten Deutschland gegenüber Gerechtigkeit üben und daß der Grundsatz der Gerechtigkeit auch bei der Entscheidung über die ober-schlesische Frage Geltung haben müsse, den Beifall der ganzen Öffentlichkeit des Landes gefunden. Selbstverständlich ist die englische Arbeiterklasse bereit, die Regierung zu unterstützen, wenn sie es nicht nur bei schönen Worten bewenden lassen, sondern Tatsachen dahinter sehen will. Für diese Stimmung ist ein Artikel außerordentlich bemerkenswert, den H. N. Braisford im "Daily Herald" veröffentlicht, und dem wir folgendes entnehmen:

Leider wird die ganze Angelegenheit durch die Entschädigungsfrage erschwert. Vieh und Kynil tragen nur 20 v. H. zu der gegenwärtigen Kohlenausfuhr Oberschlesiens bei, aber sie enthalten unbenutzte Vorkommen von ungeheuren Reichtum

gleimlich nahe der Oberfläche, deren Lebensdauer man auf 300 Jahre schätzt. Diese unerschlossene Kohle beträgt über 80 v. H. der voraussichtlichen Reichtümer Schlesiens und gehört wie alle Minerale nach dem deutschen Gesetz dem Staate. Sollen wir mit der einen Hand auf den deutschen Staat jene phantastische Last eines Tributs laden, der sich über ein halbes Jahrhundert oder mehr erstrecken kann, um mit der andern ihm eine seiner hauptsächlichsten zukünftigen Einnahmequellen zu nehmen? Der Fall ist um so schwerer, als das Chaos und die Unfähigkeit im polnischen Staate ernste Zweifel lassen, ob er jemals diesen nationalen Reichtum voll ausnützen wird. Aber es ist wahre demokratische Art, Köpfe und nicht Tonnen zu zählen.

Nichtbestimmter haben die Deutschen wohl ein Recht, die Provinz als Ganzes zu fordern. Sie können uns fragen, warum wir uns weigern, die drei Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei aus jenem Staate auszuschließen, als wir seine Grenzen zogen. Der Grund war natürlich, da sie die kohlenreichen Teile der Tschechoslowakei dicht bewohnten. Die Alliierten haben immer zweierlei Arten von Gewicht für ihre Abwägung.

Im Hinblick auf die französische Haltung ist die Teilung Oberschlesiens jedoch unvermeidlich. Die praktische Frage ist, ob der zentrale Industriebezirk mit seinen metallurgischen und chemischen Fabriken, seinen Zink- und Kohlenbergwerken, der in Stadt und Land eine wesentliche deutsche Majorität zeigt, für Deutschland und die Zivilisation gerettet werden oder Polen und dem Ruin verfallen werden soll.

Seit Lloyd George so offen gesprochen hat, geht die Sache nicht mehr nur die Polen und die Deutschen an. Sie geht uns und Frankreich an. Die Frage, die uns während zwei Jahren halberverfleckter Fäulnisse getrennt hat, ist nun an die Öffentlichkeit gelangt. Drei Motive beeinflussen die Franzosen. In erster Linie streben sie nach dem Untergang Deutschlands, und das schlesische Industriegebiet kommt in zweiter Linie nach dem Ruhrrevier. Zweitens wollen sie ihre polnischen Verbündeten härten, um ihre eigene militärische Macht zu vergrößern. Drittens ist es sicher, da Polen schwer in der Schuld Frankreichs ist und die schlesischen Minen nicht selbst finanzieren und führen könnte, daß die meisten Bergwerke der Ausbeutung durch französisches Kapital anheimfallen werden. Kurz, es ist nur eine andere, die östliche Pfote, die parallel zum Ruhrrevier läuft, des französischen Planes, Frankreichs Einfluß in Europa auf eine überwältigende Waffenmacht und die Kontrolle der Kohle zu stützen.

Wie man aus diesen Ausführungen sieht, teilt Braisford unsere Meinung, daß man nicht Barock aufstellen dürfe, die sich bei der augenblicklichen politischen Lage nicht verwirklichen lassen. Er weist ferner auf den Widerstand hin, daß Lloyd George mit seiner Meinung die ganze zivilisierte Welt außer Frankreich hinter sich habe, daß aber trotzdem die Gefahr besteht, daß die englisch-italienische Auffassung nicht durchdringen werde, weil Frankreich alle militärischen Trümpfe in der Hand hält. Und er sagt schließlich, wenn die Franzosen ihren Willen bekämen, werde "der letzte Deckmantel eines guten Scheins, die letzte dünne Hülle des Anstandes von dem imperialistischen Sumpf hinweggerissen."

Weitere englische Truppen nach Oberschlesien

London, 28. Mai.

Der Berliner Vertreter von Reuters Bureau meldet: Eine ganze britische Division wird umgehend nach Oberschlesien abgehen. Sie wird unter dem Kommando des Divisionsgenerals Henniker stehen, der sich im Kriege sehr ausgezeichnet hat. Die Division wird mit Artillerie, Pionieren und Tanks voll ausgestattet sein. Oberst Wauchope von den Black Watch, der eine der Brigaden kommandieren wird, ist heute auf der Reise nach Oberschlesien durch Berlin gekommen.

Wilde Geldsammlungen

Aus Oppeln wird uns geschrieben: In den von den Polen besetzten Städten des ober-schlesischen Industriebezirks, z. B. Hindenburg, Königshütte, Kattowitz, Myslowitz, veranstalten die polnischen Anführer sogenannte wohltätige Geldsammlungen zum Besten der armen Kämpfenden. Bei dem herrschenden Terror mag es niemand, die Sammler zurückzuweisen. Zuerst wurde bei den Geschäftleuten gesammelt, die Beträge von 50 M. aufwärts zeichneten. Einzelne Pöbeln haben in den Städten den Betrag von 100 000 M. bereits überfliegen. Inzwischen haben die Haus-sammlungen in den kleineren Ortschaften auch schon in den Privatwohnungen begonnen. Die Aufständischen hoffen so, in Kürze Millionenbeträge zur Pöbelung der an der Front stehenden Polen aufbringen zu können. Es steht aber außer dem zu befürchten, daß sich diese Art Sammlungen auch verbrecherische Elemente aneignen werden, um sich zu bereichern. Die Polen haben, als man sie auf die Möglichkeit solcher Erpressungen aufmerksam machte, einfach erklärt, die Städte könnten solche Sammlungen vermeiden, wenn sie freiwillig eine Steuer zugunsten der Aufständischen erheben würden. Tatsächlich scheint auch dieses ganze Manöver der wilden Sammlungen darauf hinauszuweisen, eine solche Steuer zu erpressen.

Die Geldnot der Polen

Aus Kattowitz wird uns geschrieben: Die Aufständischen verlangen seit einiger Zeit für die Genehmigung (Passierchein) zur Fahrt nach auswärts den Betrag von 10 M. und mehr. Die Direktion der Kleinbahn hat die Zahl ihrer Passagiere im ganzen Industriebezirk auf 100 000 Personen geschätzt. Nimmt man an, daß davon die Hälfte auf kostenlos ausgestellte Passagiercheine fährt, so bringt allein schon der Straßenbahnverkehr der Polen eine Menge Geld ein. Hierzu kommt noch der rege Fußgängerverkehr und der Verkehr auf der Eisenbahn, der teilweise wieder aufgenommen ist.

Heimattreue Kommunistenführer

Die Berliner Geschäftsstelle der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier hat für den heutigen Nachmittag zu einer großen Kundgebung im Lustgarten ausgerufen. Es soll darin gegen den polnischen Terror protestiert und außerdem verlangt werden, daß Oberschlesien deutsch und ungeteilt" bleibe. Auf der Rednerliste finden wir Mitglieder aller Parteien, von den Rechtssozialisten bis zu den Deutschnationalen. Die Unabhängige Sozialdemokratie beteiligt sich an dieser Kundgebung nicht. Wir haben unseren Standpunkt in der ober-schlesischen Frage oft und deutlich genug dargelegt und wenn wir auch in manchen Punkten mit den Forderungen übereinstimmen, die auch von anderen Parteien aufgestellt werden, so müssen wir es doch ablehnen, uns in die Nachbarschaft jener nationalstiller Kreise drängen zu lassen, die an dem ober-schlesischen Feuer ihre Revanchepuppe kochen möchten.

Eine andere Auffassung von politischer Klarheit scheint man aber bei den Kommunisten zu haben. Man wird sich erinnern, daß die kommunistische Politik bis vor wenigen Tagen dahin ging, eine Katastrophe dadurch herbeizuführen, daß man durch die Ablehnung des Ultimatus die Franzosen zum Einmarsch in das Ruhrgebiet und die Polen zur gewaltsamen Restrennung Oberschlesiens veranlaßte. Zu unserem Ersauern hören wir aber, daß heute Nachmittag auch die Herren Mikalski und Tschsch aus Breslau, als Redner auftreten, und ausdrücklich wird von ihnen gesagt, daß sie der R. A. P. D. angehören.

Man kann sich diese Sache nicht anders erklären, als daß hier eine Verwechslung beim Gebrauch der kommunistischen Parolen vorgetommen ist. Sie sind so zahlreich und verschiedenartig, daß schon eine gute Registrator dazu gehört, um stets die richtige zu erwischen.

Aus Breslau wird durch das Woffische Bureau gemeldet, daß die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier Strafantrag gegen die "Freiheit" gestellt haben, weil wir in unserer Morgenausgabe vom 21. Mai eine angebliche falsche Meldung über die Anwerbung von Freiwilligen gebracht hätten. Wir sehen mit Vergnügen dieser Klage entgegen, sind aber noch nicht im Klaren darüber, ob es sich dabei um eine Beleidigung, einen Landesverrat oder welches Verbrechen sonst handelt. Inzwischen wäre der Leitungs der Verbände heimattreuer Oberschlesier eine geringere Empfindsamkeit anzupfehlen, denn, war ihre Tätigkeit bisher schon den Interessen des deutschen Volkes nicht immer förderlich, so werden sie auch bei einer öffentlichen Gerichtsverhandlung nicht gerade gut abschneiden.

Die Erfüllung des Ultimatus

Im Anschluß an die bereits vor einigen Tagen gemeldete Zahlung der 150 Millionen Goldmark an die Reparationskommission, teilt das Reichsfinanzministerium über die weitere Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen des Ultimatus mit:

Die deutsche Regierung ist verpflichtet, für diejenige Summe, die von der nach Nr. V des Londoner Ultimatus zu errichtenden einen Milliarde Goldmark bis zum 31. Mai 1921 in Gold oder Devisen noch nicht bezahlt ist, Schahwchsel mit drei Monaten Laufzeit zu liefern, welche die Indossamentnehmer deutscher Banken tragen müssen. Die Reparationskommission hat als die ihr für die Indossamentnehmer Banken die D-Banken (Darmstädter Bank, Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft und Dresdner Bank) genannt und damit deren Indossament als eine sie befriedigende Sicherstellung bezeichnet. Die genannten Banken haben sich auf Veranlassung der Reichsregierung im vaterländischen Interesse bereit erklärt, die Schahwchsel, welche einen Betrag von etwa 840 Millionen Goldmark darstellen, unentgeltlich mit ihren Indossamenten zu versehen, nachdem ihnen eine wirksame Entlastung für ihre Verpflichtungen von der Reichsbank zugesichert und ein Plan für die pünktliche Einlösung der Schahscheine ohne Inanspruchnahme der Banken vorgelegt worden ist. Die Schahwchsel sind am 28. Mai d. J. an die Reparationskommission abgeliefert worden.

Mit der Übergabe der Schahwchsel ist die Verpflichtung, innerhalb 25 Tagen vor dem Ultimatum ab 1 Milliarde Goldmark zu zahlen, rechtzeitig erfüllt worden.

Bayrische Widerstände

Die "Berliner Börsenzeitung" veröffentlicht einen sehr bemerkenswerten Artikel über die Stimmung in Bayern, die nach der Angabe der Redaktion von einem liberalen Bayern in München herrührt. Nachdem der Artikel festgestellt hat, daß die Stimmung gegen die Entwaffnung in Bayern im Wachsen begriffen ist, sagt er:

"Als besonders bedeutungsvoll muß dabei die Beräumung der Gauleiter der Einwohnerwehren. R. d. Fr." angesehen werden, die am vergangenen Sonntag hier stattfand, und der, wie wir zuverlässig wissen, auch der Ministerpräsident von Kahr beiwohnte. Ueber den Inhalt der Beratungen drangen nur Kombinationen an die Öffentlichkeit. Eines bleibt jedoch sichere und bedeutsame Tatsache: das zeitliche Zusammenfallen dieser Besprechungen mit dem Beginn der parlamentarischen (hinzögernden) Behandlung der Entwaffnungsfrage durch die bayerische Regierung. Damit soll nun keineswegs gesagt werden, daß die widersprechende Haltung einiger führender Einwohnerwehrmänner allein die Regierung so stark hätte beeinflussen können. Die Gruppe derer, die sich plötzlich wieder scharf gegen die Entwaffnung aussprechen, ist zwar klein, entfaltet aber eine rege und wirkungsvolle Propaganda, die von Tag zu Tag weitere Kreise in ihren Einfluß zieht."

Auch die "Bayrische Staatszeitung", das amtliche Organ der bayerischen Regierung, habe in den letzten Tagen eine Zuschrift veröffentlicht, die die Meinung auspricht, da die Franzosen unter irgendeinem Vorwande das Ruhrgebiet doch besetzen würden, sei "das Opfer der Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern völlig zwecklos". Infolgedessen wachse die Stimmung gegen die Entwaffnung in Bayern zusehends. Die Regierung Kahr unternehme dagegen nichts.

Im Gegenteil: Die bayerische Regierung zögert die so außerordentlich wichtige Entscheidung über die Entwaffnung offensichtlich von Tag zu Tag hinaus. Das führt natürlich dazu, daß die entwaffnungsfeindliche Agitation immer mehr Zeit und Boden gewinnt und daß zugleich die Zeit für die Durchführung der Entwaffnung immer mehr zusammenschnitzelt. Zwei höchst gefährliche Momente!"

Da die Einwohnerwehren für Bayern keine Lebensnotwendigkeit mehr seien, so werde sicher entwaffnet werden.

Traglich ist nur, wann es entwaffnet, ob es rechtzeitig entwaffnet, ob nicht durch verhängnisvolles Zaudern die Frist zu kurz geworden ist."

Wir fordern deshalb, daß die Reichsregierung dieser verhängnisvollen Politik sofort ein Ende macht. Von der Feigheit Kahrs darf das Schicksal des deutschen Volkes ebenso wenig abhängen, wie von dem Widerstande der bayrischen Reaktionäre.

Die Angst vor der Wahrheit

Vor dem 10. Senat des Kammergerichts fand am Sonnabend die Berufungsverhandlung des Prozesses um den dritten Band von Bismarcks "Gedanken und Erinnerungen" statt. Das Kammergericht I hatte diesen Prozeß bekanntlich zugunsten der kaiserlichen Partei, des Exkaisers, entschieden und dem Verlag Cotta die Veröffentlichung untersagt. Inzwischen ist der dritte Band im Ausland veröffentlicht worden.

In der heutigen Verhandlung wurde vom Vertreter der Buchhandlung Cotta das Urteil der ersten Instanz scharf kritisiert. Dieses Urteil stellt bekanntlich die politischen Gelegenheitsbriefe Wilhelms als individuelle Geistesprodukte hin, denen der Schutz des Urheberrechts zustehe. Demgegenüber führte der Vertreter Cottas aus, daß diesen Briefen nichts Schöpferisches, Zeitloses anhafte, daß nach der Definition des Landgerichts auch jedes beliebige Telegramm schutzfähig, zum "literarischen Werk" gestempelt werden kann und daß, wenn Bismarck etwa die Briefe in indirekter Form wiedergegeben hätte, niemand daran hätte Anstoß nehmen können.

Der Gerichtsvorsitzende war sorgsam bemüht, die Parteien davon abzubringen, die betreffenden Briefe zu verlesen, damit nicht auf diese Weise eine Veröffentlichung erfolge. Der Vertreter des Exkaisers erhob aber den Einwand, daß der Verlag Cotta mit den Bismarckschen Erben einen Vertrag geschlossen hätte, den Band bei Lebzeiten Wilhelms nicht zu veröffentlichen. Das sei das Entscheidende. Das Urteil wird erst in einem späteren Termin verurteilt werden.

Zum Reparationsproblem

Von Prof. E. Bedere-Heidelberg

Nach der Annahme des Ultimatums kann über die Reparationsfrage abgesehen werden. Deshalb seien einige Gesichtspunkte hervorgehoben, welche jetzt zu betonen wären. Dabei sei die Frage, ob durch eine zweckmäßige Politik ein günstigeres Resultat hätte erzielt werden können, nicht weiter verfolgt. Wir stehen uns in eine Situation hineinmühen, in welcher dann keine Wahl mehr blieb. Die Annahme des Ultimatums erfolgte aber unter Umständen, welche das ganze Volk zur bestmöglichen Erfüllung verpflichten: denn in ganz Europa gab es offene und versteckte Stimmen für Annahme. Und der Umstand, daß die „Deutsche Volkspartei“ sich nicht wieder an der Regierung beteiligen möchte — ein groteskes Verlangen, das zeigt, wie wenig das Gefühl für politische Aufgaben vorhanden ist, und daß die Auffassung noch immer vorherrscht, der Minister sei ein Beamter, der sich auch „jagen“ und „im Rahmen des Auftrages“ wirken könnte, anstatt zu führen —, dieses im Grunde unpolitische Verlangen zeigt doch deutlich, daß auch diese Partei die Situation anerkennt und an ihrer Lösung beteiligt sein möchte.

Über diese Möglichkeiten der Lösung sei heute einiges gesagt: für die ersten fünf Jahre ist mit einer jährlichen Reparationssumme von circa drei Milliarden Mark in Gold zu rechnen. Das ist ungefähr die Hälfte des Nettobedarfs des Deutschen Reiches, der Bundesstaaten, und der größeren Kommunen vor dem Kriege, also der Bedarf dieser öffentlichen Körper, soweit er durch Steuern (und nicht durch Verkehrsbetriebe usw.) aufgebracht wurde.

Auf diese Ziffern beziehen sich offenbar die Äußerungen und weisen überdies darauf hin, daß die großen Ausgaben für Rüstungen gegenwärtig wegfallen. Nun kommt das ja nicht, weil die Reichswehr mehr Aufwendungen erfordert, als das alte Heer, da die uns aufgewungenen Bestimmungen über die langjährige Dienstzeit pro Mann ein Vielfaches der alten Armee erfordern (auch in Goldwert umgerechnet) und in einem demokratischen Staat überhaupt die Besoldung und Verpflegung der Truppen viel kostspieliger ist. Immerhin, daß Deutschland vor dem Kriege bereits das Doppelte dessen an Steuern und Abgaben aufbrachte, was für die ersten fünf Jahre als Reparation gefordert wird, ist ein wesentliches Datum. Wären wir noch so reich, wie vor dem Kriege, so würden die ersten Jahre eine wesentliche Schwierigkeit nicht bereiten; hat doch auch die französische Republik, bei viel geringeren Finanzkräften, als sie Deutschland vor dem Kriege besaß, vier Milliarden Mark in wenigen Jahren bezahlt. Die Abtragung der Kriegslast hätte sich dann so vollzogen, daß Deutschland keine fremden Kapitalisten mehr hätte erwerben können.

Heute sind unsere Produktivkräfte geschwächt. Der Deutsche konsumiert im Durchschnitt weniger als vor dem Kriege und ist noch lange nicht das Ernährungsdefizit ausgeglichen. Er ist schlechter gekleidet und wohnt schlechter, als vor dem Kriege. Sein Hausrat bedarf der Erneuerung. Auf all das hat die deutsche Regierung in ihren Denkschriften hingewiesen. Und diese Tatsachen sind leider nur zu richtig: der Krieg hat gerade die armen Vermögensstände der großen Massen stark im Werte herabgemindert und z. T. aufgehört. Die Erhaltung und weitere Entfaltung der Arbeitskräfte hängt davon ab, ob diese notwendigen Lebensunterlagen allmählich dahinschwimmen oder noch erhalten oder wiederhergestellt werden können?

Nun geht, als ununterbrochen wiederholter Gemeinplatz, durch alle Blätter die Behauptung, daß die Reparationslast nur durch Ausfuhr von Waren, also mit unserer Hände Arbeit, bezahlt werden kann. Auch die Arbeiterpresse bezieht sich häufig dieser Behauptungen und wiederholt damit nur eine Forderung, welche in den nächsten Monaten nur zu häufig von den Unternehmern erhoben werden wird: Wenn wir exportieren wollen, müssen wir bei der Arie auf dem Weltmarkt billiger verkaufen und wir können nur billiger verkaufen, wenn wir die Löhne senken; also Einschränkung des Verbrauches, um zu exportieren, um unsere Reparationslast zu bezahlen.

Ist das der einzige Weg? Selbst der Minister Dr. Simons hat angedeutet, daß es noch einen anderen gäbe. Er sagte, daß er beim letzten Angebote bis zum Neuesten gegangen sei, wohl wissend, daß auch die Substanz des deutschen Vermögens angegriffen werden müßte, um die Forderungen zu erfüllen. Nun haben wir uns ungefähr zu ähnlichen Leistungen verpflichtet, als sie Dr. Simons anbot. Deshalb wird uns auch der Eingriff in die Substanz nicht erspart bleiben, d. h. die Reparation muß, soweit Exportüberschüsse nicht erzielt werden können, durch Hingabe von Vermögen bezahlt werden. Soll die deutsche Wirtschaft nicht verelenden und damit der lebendige Quell aller Reichtümer versiegen, so bleibt nur dieser Weg. Die Besitzer von Kapital müßten es selbst vorsehen: denn was ist ihr Kapital, wenn die deutschen Arbeiter nicht mehr leistungsfähig sind? Ein toter Haufen von Maschinen und Gebäuden, die in Ruinen zerfallen.

In den nächsten Monaten wird es immer wieder gesagt werden müssen, daß eine Konsum-Einschränkung der breiten Massen nicht möglich ist. Gute Lehren, man müsse sich einschränken, zerschellen — angesichts der harten Tatsachen: sehen wir doch z. B., daß man in dem wichtigsten Lebensbedürfnis der Wohnung in den letzten Jahren versucht hat, mit den vorhandenen Beständen das Auslangen zu finden, zu sparen und sich einzuschränken. Die Resultate liegen auf der Hand: Verschlechterung der hygienischen Verhältnisse und Notwendigkeit, nun doch zu bauen. Der Konsum läßt sich eben nicht mechanisch einschränken. Geht es doch, so ist der Rückschlag auf die Produktion unaussprechlich.

Die Reparation wird also zu einem erheblichen Teil aus unserem Vermögen bezahlt werden müssen. Das ist schlimm, weil dadurch deutsche Unternehmungen, deutsche Aktien und Bergwerke, deutscher Grund und Boden in die Hände von Ausländern gelangen werden. Aber hat sich dieser Prozeß nicht schon lange vollzogen: Wurde er nicht von vielen, „um der Sozialisierung zuzukommen“, eingeleitet oder wenigstens angekrebt? Wanderten nicht Milliarden von Kapitalien ins Ausland und sind für uns verloren? Könnten wir nun alle diese Kapitalien erfassen, wie leicht wäre damit die Reparationslast der ersten Jahre zu tilgen! Abgaben vom Vermögen werden also der einzige Weg sein, um ohne Schädigung unserer wertvollsten Substanz, der Arbeitskraft, über die ersten und schwersten Jahre hinwegzukommen. Können wir dabei deutsches Kapital im Ausland erfassen, können wir die Mitwirkung des Auslands hierbei erwirken, so wird es uns so leichter fallen. Die Parteien, welche für die Annahme des Ultimatums gestimmt haben, müssen auch die Mittel wollen, welche die Leistungs-Willigkeit dartun. Sie müssen sich nunmehr zur Aufstellung eines Finanzplanes zusammenfinden, der in großen Zügen festlegt, in welcher Weise die Reparationslast beglichen werden soll. Sie werden dabei rasch zugreifen müssen, weil Schnelligkeit die Garantie des Erfolges ist. Sie werden nicht zögeln über „Gerechtigkeitsprinzipien“ nachdenken dürfen und werden den Weg wählen, der am raschesten zum Ziele führt, etwa eine „objektive“ Vermögensabgabe. Nichts hat Deutschland so sehr im Auslande gehandelt, nichts so sehr die Meinung aufgenommen, es wolle nicht bezahlen, als die Parzei in der Ordnung der

eigenen Finanzen. Das muß alles mit einem Schläge nachgeholt werden. Es muß sich zeigen, ob es soviel schwerer ist, das Kapital im Dienste des Vaterlands zu mobilisieren, als die Menschen. Freilich, für die deutschen Arbeiter ist es nicht ganz gleichgültig, ob Deutsche oder Franzosen oder Holländer die Eigentümer der Fabriken sind, aber es ist ein kleineres Uebel als eine gewaltsame Einschränkung der Lebenshaltung. So wird die Frage: wie soll die Reparation bezahlt werden, in den nächsten Monaten die innere Lage beherrschen. Wir gehen schweren Tagen, vielleicht inneren Konflikten entgegen, und die Regierung muß sich bald darüber schlüssig werden, welchen Weg sie gehen will: ob sie gegen die ganze Arbeiterschaft durch Verlängerung der Arbeitszeit und Lohndruck die Zahlung an die Entente herauszuziehen oder das Kapital heranzuziehen will. Man sollte meinen, es gibt keinen Zweifel darüber, wie die Entscheidung fallen muß.

Der zweite Leipziger Prozeß

In der Sonnabendverhandlung gelangten noch eine Reihe weiterer englischer Zeugen zur Vernehmung, die zum Teil die bereits gemachten Angaben bestätigten. Der englische Zeuge Thorton beschuldigt Müller, mit Stroh oder Heu die Kranken geschlagen zu haben, auch in einen Leinwandzug hineingeritten zu sein. Der Angeklagte bestreitet mit Entzückung diese Beschuldigungen und bleibt dabei, daß nur ein Gefangener während seiner Anwesenheit im Lager gestorben sei. Der deutsche Zeuge Stufatourmeister Hoffmann hat gesehen, daß der Angeklagte zwei Gefangene an der Kirchhofmauer geschlagen hat. Zeuge Albert Böhm bestätigt, daß der Angeklagte sich alle Mühe gegeben hat, die Verhältnisse im Lager zu verbessern. Er bestätigt auch weiter, daß unter dem Angeklagten im Lager nur ein Todesfall vorgekommen ist. Nach weiteren unwesentlichen Aussagen wird die Zeugenvernehmung beendet.

Als erster Sachverständiger erhält der General von Rühl das Wort. Er müsse staunen, daß es dem Angeklagten trotz der ungünstigen Verhältnisse in den Gefangenen, auf welchen die Sommerhitze bereits gewirkt habe, gelungen sei, in kurzer Zeit bessere Verhältnisse zu schaffen. Die Ehrenbezeichnungen seien von den Gefangenen aus Gründen der Disziplin gefordert worden. Reutereien müßten ein Verbot haben mit aller Energie entgegenzutreten. — Sachverständiger General von Franckel sagt aus: Das Schlagen von Gefangenen könne nicht gebietet werden. Das Anbinden eines Gefangenen an einen Pfahl wäre nur zulässig gewesen, wenn eine Reuterei vorgelegen hätte. Ob diese vorlag, will der Sachverständige nicht entscheiden. Zu billigen ist es auch nicht, wenn Kräfte zur Arbeit gezwungen werden, und wenn Leute zum Stillstehen in der Sonne verurteilt werden. Festgestellt sei wohl auch nicht, daß dies unter dem Angeklagten geschehen sei. Das Hineinreiten in Gefangene, so weit es sich um Umreiten gehandelt haben sollte, könne nicht als zulässig bezeichnet werden. Bei der allgemeinen Erfüllung des Angeklagten stehe man zu seinen Handlungen geradezu vor einem Rätsel.

Das Plädoyer des Oberreichsanwalts

In der Nachmittagsverhandlung nahm der Oberreichsanwalt sofort das Wort zu seinem Plädoyer: Es stehe ihm nicht an, zu erklären, daß das Ergebnis der Beweisaufnahme wesentlich günstiger sei, als das Beweisergebnis der Voruntersuchung. Die Beweisaufnahme habe klipp und klar ergeben, daß die Beschuldigung, der Angeklagte habe von einer Leiche die Decke weggerissen, unwahr sei. Bis zum 5. Mai sei tatsächlich von der Kompanie des Angeklagten nur ein Mann gestorben, an demselben Tage sei der Angeklagte in Urlaub gefahren. Die schlimmen Verhältnisse im Lager können nicht allein dem Angeklagten zur Last gelegt werden, sie lagen auch zum Teil an den Wirkungen der großen Offensive. Der Angeklagte durfte sich unter keinen Umständen dazu hinreichen lassen, die Gefangenen zu mißhandeln, zu beleidigen oder vorzuschrittwidrig zu behandeln. Für das, was der Angeklagte in dieser Hinsicht getan habe, werde er allerdings büßen müssen. Dessen, daß eine Reuterei nahe bevorstehen hätte, könne keine Rede sein. Mißhandlungen von Untergebenen nach § 143 des R. St. G. seien nachgewiesen. Bei der Straffestsetzung komme in Frage, ob auf Gefängnis oder auf Festungshaft zu erkennen sei. Für Festungshaft spreche, daß der Angeklagte sich redlich bemüht habe, für die Gefangenen zu sorgen und daß er sich gewisse Verdienste um das Lager erworben habe. Hingegen komme, daß ihm seine Vorgesetzten ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt haben. Trotz alledem müsse eine Gefängnisstrafe beantragt werden, weil der Angeklagte sich bei den Mißhandlungen der Rohheit schuldig gemacht habe. Der einzige Entschuldigungsgrund ist die große Nervosität des Angeklagten. Der Oberreichsanwalt beantragt schließlich eine Gesamtstrafe von einem Jahre 3 Monaten Gefängnis.

Der Präsident weist den Angeklagten darauf hin, daß möglicherweise in verschiedenen Fällen statt Mißhandlung, vor-schriftswidrige Behandlung angenommen werden könne.

Die Plädoyers der Verteidiger

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Windmüller-Frankfurt a. M., betont, daß der Angeklagte sich nicht als Deutscher und Saboteur erwiesen habe. Der Verteidiger würdigt die Aussagen der englischen Zeugen, die vom Hag beeinflusst waren. Die in London vernommenen Zeugen, deren Vernehmung der Redner beigewohnt hat, hätten durchweg behauptet, der Angeklagte sei bis Ende Mai im Lager gewesen. Nunmehr sei aber untrüglich erwiesen, daß der Angeklagte nur bis zum 5. Mai dort war. — Verteidiger Justizrat Dr. Süßle-Leipzig tritt dafür ein, daß nur auf Festungshaft erkannt werde und hält ein halbes Jahr für ausreichend.

Nach kurzer Erwiderung des Oberreichsanwalts versichert der Angeklagte in seinem Schlusswort, daß er nur im Affekt und nicht aus ehrsüchtiger Gesinnung gehandelt habe. Der Oberreichsanwalt bemerkt dazu, daß er niemals ehrsüchtige Gesinnung beim Angeklagten angenommen habe. — Das Urteil wird Montag 1 Uhr mittags verkündet werden.

Preussischer Staatsrat

In der Sonnabendverhandlung des Preussischen Staatsrates wurde zunächst ein Gesetzentwurf angenommen, betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel für die Erweiterung und Einschließung des Hohenhausen in Seepfunde, durch den weitere 168 Millionen Mark für die sturmfreie Einschließung des Hafens zur Verfügung gestellt werden, ferner ein Gesetzentwurf betr. Erweiterung des Stadtkreises München-Grudbach. Der von dem Präsidenten Dr. Wemmer eingelegte Einspruch gegen das vom Landtag beschlossene Gesetz über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen vom 11. Mai 1921 wird an den Geschäftsordnungsausschuss verwiesen. Das Gesetz war am 11. Mai vom Landtag beschlossen, die amtliche Mitteilung aber erst am 18. Mai, als die Hälfte der verfassungsmäßigen 14-tägigen Einspruchsfrist des Staatsrates schon verstrichen war, an den Staatsrat gelangt. Da die Berufung einer Plenarsitzung des Staatsrates in den nächsten Tagen nicht möglich erschien, wollte Präsident Dr. Wemmer die Verantwortung nicht übernehmen, die Einspruchsfrist verstreichen zu lassen, und legte namens des Staatsrates innerhalb der Frist Einspruch ein. Die Frage, ob durch eine nachträgliche Genehmigung des Staatsrates der ohne seinen Auftrag eingelegte Einspruch rechtsgültig ist, soll vom Geschäftsordnungsausschuss geprüft werden.

Die vom Minister des Innern zugelagte Novelle zum Kommunalabgabengesetz geht an den Haushaltsausschuss. — Der Antrag auf Aushebung des Strafverfahrens gegen das Staatsratsmitglied Schüller (Komm.) wird angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung findet Ende Juni statt, doch tritt die Geschäftsordnungskommission Montag wieder zusammen, um die Geschäftsordnung durchzusetzen.

Lloyd George macht scharf

Gesellschaftliche Beilegung des Bergarbeiterstreiks?

London, 28. Mai. (Neues.)

Dem Vernehmen nach hat der Premierminister den Bergleuten in der heutigen Besprechung mitgeteilt, wenn ein Uebereinkommen nicht erzielt werden könnte, so werde ein Gesetzentwurf eingebracht werden, um die Beilegung des Streikfalles durch einen Schiedspruch zu erzielen, der für beide Parteien bindend sein sollte. Die Bergleute erwiderten darauf, daß sie an ihrer Forderung auf Rationalisierung des Bergbaues festhielten. Der Premierminister antwortete, dieser Gegenstand werde weder jetzt noch gelegentlich des Schiedspruches in Erwägung gezogen werden.

Verlängerung des Ausnahmezustandes

London, 28. Mai.

Der „Gefahrzustand“ (emergency state), der gestern abgelaufen ist, um einen Monat verlängert worden.

Der Achtstundentag in England

London, 27. Mai.

Der Arbeitsminister Mac Namara gab im Unterhaus bekannt, daß die Regierung mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Umstände es nicht für angebracht hält, die Beschlüsse der Arbeitskonferenz von Washington, bezüglich der Achtstundentage in Kraft zu setzen. Er fügte hinzu, die Mehrzahl der übrigen auf der Washingtoner Konferenz aufgestellten Vorschläge sei bereits zur Durchführung gebracht worden. Für die Einführung des Achtstundentages zeigten sich indessen bei der englischen Industrie Schwierigkeiten. — Einige Abgeordnete hatten im Laufe der Debatte die Haltung der Regierung bezüglich der Washingtoner Konferenz lebhaft kritisiert.

Die Erklärung des englischen Arbeitsministers ist bezeichnend für das gesteigerte Machtgefühl der englischen Bourgeoisie, in deren Namen die Regierung nun dem Achtstundentag den Kampf ansetzt. Der englischen Arbeiterklasse steht offenbar eine Periode schwerer und aufreibender Kämpfe bevor, um auch nur jene Errungenschaften zu sichern, die sie in ruhigen Ansturm in den letzten Jahren gemacht hat.

Französischer Bergarbeiterkongreß

Paris, 28. Mai.

Auf dem französischen Bergarbeiterkongreß in Metz wurde in Geheimnissen über die Frage der Rationalisierung der Bergwerke verhandelt, und außerdem wurden die Delegierten für den Internationalen Bergarbeiterkongreß in Köln gewählt. In einer Entschließung verlangten die Bergarbeiter die Erhöhung der Pensionen. Schließlich fand eine Begrüßung des Vertreters der Bergarbeiter des Saargebietes statt. Der französische Gewerkschaftsführer Bartel sagte zu ihm, es dürfe von nun an keine Deutschen, Franzosen, Belgier, Engländer, Schweden oder Norweger geben, sondern nur Arbeiter.

Betriebsratswahl in Iserlohn

Glänzender Sieg der freien Gewerkschaften

Die vor kurzem im Iserlohnener Bezirk vorgenommenen Betriebsratswahlen in der Metallindustrie haben ein überraschendes Ergebnis gebracht. Sie zeigen, daß die kommunikativen und unionistischen Zersplitterer fast einflusslos geworden sind. Wie die „Dona“ meldet, sind in 67 Bezirken 3161 Stimmen abgegeben worden, die die Wahl von 191 Betriebsräten ergaben. Davon entfallen auf die einzelnen Organisationsrichtungen: 154 Betriebsräte (2545 Stimmen) freie Gewerkschaften, Metall- und Gemeindefabrikarbeiterverband; 18 Betriebsräte (206 Stimmen): Christliche Gewerkschaften; 10 Betriebsräte (163 Stimmen): Allgemeine Arbeiter-Union; 7 Betriebsräte (120 Stimmen), Hirsch-Dunder; 2 Betriebsräte (37 Stimmen): Ufa.

Der Deutsche Beamtenbund stellt in einer Zuschrift an die Presse fest, daß die Leitung des Deutschen Beamtenbundes zu keiner Zeit beabsichtigt hat, den Anschluß des Bundes an irgendeine der bestehenden Gewerkschaftsrichtungen zu vollziehen. Die Bundesleitung halte gleichwohl das Weiterbestehen freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Organisationen sowie ein Zusammenwirken mit ihnen zum Zweck der Lösung gemeinsam interessierender Fragen für dringend notwendig.

Russische Anleihe für Angola. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Regierung von Angola mit Moskau über die Begebung einer Anleihe in Unterhandlungen stehe.

Der jugoslawische Gesandte in Paris, Wesnich, der früherer Ministerpräsident, ist plötzlich in Paris gestorben.

Ausschnitten!

Druckfache

Sinn die

Hauptredaktion der „Freiheit“

Berlin C 2

Brette Straße 8-9

Groß-Berlin

Wie lange noch?

Die Monarchie herrschte mit Hilfe des Obrigkeitstaates, das heißt, jeder kleine Beamte konnte und sollte sich als Vorgesetzter und Vormund des bescheidenen Bürgers fühlen, da dieser in seinem „beschränkten Untertanenverstande“ nicht in der Lage war, seine eigenen Angelegenheiten mit dem Interesse der Gesamtheit ins Gleichgewicht zu bringen.

Wir haben nun an Stelle der Monarchie die Republik gesetzt, aber der Geist kleinlicher Polizeiwillkür, einer manchmal sadistisch anmutenden Ausübung bürokratischen Herrschergefühls, regiert noch im Reich wie in den Bundesstaaten. Und gerade die Polizeiverordnungen, die jeden einzelnen in seiner Bewegungsfreiheit beschränken, bringen uns den Mangel an Selbstbestimmung, die Mißachtung der Menschenrechte, die in unserer sogenannten Republik herrschen, am drückendsten und peinlichsten zum Bewußtsein.

Wie lange noch soll dieser Zustand dauern? Ich möchte hier die Aufmerksamkeit auf ein bestimmtes Einzelgebiet lenken, auf die sinnlosen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit im sonntäglichen Ausflugsverkehr. Daß der Großstädter eine starke Sehnsucht nach Freiluft hat, ist natürlich und selbstverständlich, und jeder vernünftige Mensch sollte meinen, daß der Staat im Interesse der Volksgesundheit diesen Drang fördern müßte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Allein weit gefehlt!

Da sind erstens die „verbotenen“ Wege; warum sie verboten sind, weiß kein Mensch; gelegentlich mögen private Wünsche maßgebend gewesen sein, in der Mehrzahl der Fälle aber ganz gewiß nur dieses verwerfliche Gefühl polizeilicher Selbstherrlichkeit des Ortsgewaltigen, der seine Uebermacht gegenüber dem gemeinen Bürger gern dokumentieren möchte. Dann die Verbote betreffend, das Befahren von Wasserwegen, wie das kürzlich erwähnte der Potsdamer Oberförsterei bezüglich des Sacrower Sees; auch hier wird es schwer sein, einen vernünftigen Grund anzugeben. Ein weiterer drückend empfundener Eingriff ist die nur auf Grund eines Berechtigungscheines gestattete Erziehung von Zelten. Wem will man es verdenken, wenn er lieber am frühen Abend hinausfährt als am heißen Vormittag, und die Nacht im Zelte zubringt? Das störrische Interesse kann nicht maßgebend sein, denn die Gesamtsumme der erzielten Gebühren fällt kaum ins Gewicht; oder fürchtet man vielleicht die Entstehung eines neuen Eigenertums? Das würde den Amtspetarden so recht ähnlich sehen.

Der umstrittenste Fall ist das Abkloren im Freien; man kann seit einiger Zeit deutlich beobachten, wie die Aufsichtsbeamten in dieser Angelegenheit härter vorgehen, doch wohl auf Anweisung einer höheren Stelle hin. Nun besteht gewiß ein Interesse, unsere Wälder vor Brandoverwüstung zu schützen; aber jeder rechte Wandersmann hat doch gelernt, wie man Feuer macht unter Beobachtung aller Vorsichtsmassregeln, und mir selbst haben Forstbeamte wiederholt gesagt, sie müßten das Feuermachen verbieten, obwohl sie mit meinen Vorträgen ganz und gar einverstanden wären.

Endlich das herkömmliche Verbot des Badens in freien Gewässern. Hier ist der Entstehungsgrund klar: das kirchliche Nudertum wirkt hier auf den staatlichen Apparat. Man sage nicht, der Staat müsse den unvorsichtigen Bürger vor Gefahren beschützen. Das braucht er nicht, und wenn schon, dann würde es genügen, statt Tausender von überflüssigen Verbotstafeln einige Warnungstafeln an wirklich gefährlichen Stellen anzubringen; das würde besser wirken. Man sage auch nicht, die sogenannten „Freibäder“ genügen dem Bedürfnis, es kann nicht jedem zugemutet werden, den ganzen Sonntag an einem überfüllten, lärmenden Badeplatz zu verbringen; auch der Wanderer in freier Natur hat das berechtigte Bedürfnis zu haben.

Wie lange noch sollen wir uns dieser unerträglichen Bevormundung beugen? Diese polizeiliche Nadelstichpolitik reizt die Bevölkerung in einer Weise, die den Regierenden zu denken geben

sollte. Man wende nicht ein, das seien Kleinigkeiten. Solche Kleinigkeiten sind oft von großer und folgenschwerer Bedeutung; sie schaffen eine Atmosphäre gereizter Erbitterung, die dann den Nährboden für allerlei andere, sehr viel weiter reichende Unzufriedenheit abgibt. Wie lange noch will die Regierung zögern, die berechtigten Wünsche der lust- und licht-hungrigen Großstadtproletarier zu berücksichtigen und die armen-seligen Polizeigrößen in ihre Schranken zurückzuweisen, ihnen begreiflich zu machen, daß nicht der Staat um ihrerwillen, sondern sie um des Staates willen da sind, und daß dieser Staat die Volksgemeinschaft ist? Wie lange noch wagt man es, das Volk in kleinlicher Weise zu reizen?

Der Neuaufbau der Berliner Straßenbahn

Durch die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin mit ihrer Ausdehnung über einen Durchmesser bis zu 45 Kilometer und ihrer fast 4 Millionen Einwohner zählenden Gesamtbevölkerung ergab sich auch die Notwendigkeit des Zusammenklusses der bis dahin getrennt verwalteten Straßenbahnbetriebe. Einige Angaben über die Beschaffenheit und Verwaltung der jetzt „Berliner Straßenbahn“ bezeichneten Unternehmung, sowie der seit dieser Zeit vorgenommenen Reformen gibt Stadtbaurat Adler, der Deputierter für das Verkehrswesen von Berlin in der Zeitschrift „Elektrische Kraftbetriebe und Bahnen“.

Das gesamte Gleisnetz weist eine Länge von rund 1250 Kilometer auf. Der Wagenpark zählt insgesamt 2580 Motorwagen und 1800 Anhängerwagen nebst einer großen Anzahl von Lokomotiven, Salzwagen und Güterwagen. Mit der Zusammenfassung trat eine Neuorganisation der bisher mehr allgemeinen betriebsmäßigen Verwaltung auf rein kaufmännisch-technischer Grundlage ein. Zwei Hauptabteilungen, ein kaufmännisches und ein technisches, mit je einem Direktor an der Spitze, unterstehen der Aufsicht eines Verwaltungsrates, der wieder einen Teil der großen Verkehrsdeputation der neuen Stadtgemeinde Berlin darstellt.

Eine eigene Abteilung für Reklame wurde geschaffen, die unter Hinzuziehung namhafter Künstler die Außen- und Innenreklame der Straßenbahnwagen ausbauen soll. Auch durch die demnächst erfolgende Verpachtung der Straßenbahnhaltestellen zu Reklamezwecken werden mehrere Millionen Mark Reklameerlöse jährlich erzielt werden. Ebenso wird der Reklame auf Fahrkarten Aufmerksamkeit gewidmet. In Wittenau befindet sich das Hauptlager der ebenfalls nach kaufmännischen Grundsätzen eingerichteten Kartothek, die Einholung von Offerten und die Vergabe von Bestellungen.

Das Gleisnetz wurde in 8 große Ingenieurbezirke eingeteilt, die je 4 bis 5 Straßenbahnhöfe mit einer besonderen Bezirkswerkstätte umfassen. Für jeden Wagen besteht ein „Lebensbuch“, in dem außer den täglich zuzugewiesenen Wegzwecken sämtliche Vorkommnisse seit seiner Inbetriebnahme und Aufarbeitung eingetragen werden. In der Hauptbetriebswerkstätte werden dann die großen, alle 2 bis 3 Jahre erfolgenden gründlichen Ausbesserungs- und Erneuerungsarbeiten an den Wagen ausgeführt. Durch besondere statistische, Kontroll- und Prüfungs-methoden ist es gelungen, innerhalb weniger Monate den Stand an beschädigten Wagen gegenüber dem Vorjahre um über 1/4 herabzudrücken.

Die sachtechnische Abteilung sorgt neben der Auswahl und Ausbildung der Fahrer in der physikalischen Lehr- und Prüfungsanstalt vor allem für die Berringerung des Stromverbrauches. Das Ergebnis der bisherigen Arbeiten in dieser Abteilung ist derart, daß der Stromverbrauch gegenüber dem Vorjahre bereits um 15 Prozent, auf den Rechnungskilometer bezogen, gefallen ist, d. h. auf die Gesamtausgaben bezogen rund 12 Millionen Mark Ersparnis im Jahre.

Die Abteilung für Fuhr- und Transportwesen verwaltet die 60 Autoturmwagen für die Unterhaltung der Fahr-drahtleitungen, und den Ausbau der Güterbeförderung auf den Straßenbahnlinien. Ferner sind eine Reihe von wichtigen Gütertransporten eingerichtet; allein aus der Paketbeförderung für die Post werden jetzt rund 6 Millionen Mark jährlich eingenommen, während die Reichspost selber durch diese Beförde-

rungsart für sich Ersparnisse von jährlich rund 1 1/2 Millionen Mark ausrechnet. Andere große Güterbeförderungen zwischen den verschiedenen Fabriken, Wasserstraßen und Eisenbahnen sind in Einführung begriffen. Die Reichsbahnverwaltung widmet dieser plan-mäßig angelegten Güterbeförderung, die auch zum Teil nachts zwecks Ausgleich des Strombedarfes durchgeführt werden soll, vollste Unterstützung.

Besondere Bedeutung kommt der in immer weiterer Ausgestaltung befindlichen Unterabteilung „Verkehrsstatistik“ zu. Auf Grund eingehender Zählungen und Beobachtungen im Ver-triebe werden die zur genauen Uebersicht über die Verkehrsver-hältnisse notwendigen Unterlagen geschaffen. Je nach den fest-gestellten täglichen und stündlichen Verkehrsschwankungen auf den einzelnen Linien und Linienabschnitten werden dann die ent-sprechenden Verkehrsmaßnahmen angeordnet und die Wagengestellung stets den jeweiligen Bedürfnissen angepaßt. Dadurch wird dann in jeder Beziehung die höchste Wirtschaftlichkeit des Verkehrs gewährleistet.

Der Umsatz der „Berliner Straßenbahnen“ beträgt derzeit über 700 Millionen Mark im Jahre. Der Fehlbetrag im ver-gangenen Geschäftsjahre belief sich auf über 130 Millionen Mark. Es ist zu erhoffen, so meint Dr. Adler, daß durch Anspannung aller Kräfte, Erhöhung der Arbeitsleistung und Neuaufbau der „Berliner Straßenbahn“ auf technisch-kaufmännischer Grundlage und nach den Grundsätzen wissenschaftlicher Betriebsführung es gelingen wird, dieses größte aller Straßenbahnunternehmen des Kontinents in Bälde wieder auf volle Höhe zu bringen“.

Heraus aus den bürgerlichen Turn- und Sportvereinen!

Einen wichtigen und würdigen Auftakt zum heutigen Reichs-arbeiterporttage bildete die geistige Demonstration der Berliner Arbeiterporttage im Lustgarten.

Gegen 6 Uhr nachmittags näherten sich aus allen Stadtteilen eindrucksvolle, farbenreiche Demonstrationzüge dem Lustgarten. Transparente forderten die Arbeiter auf, nur Arbeiterportvereinen sich anzuschließen. Welter stellen die Arbeiterportver-eine sich anzureihen an die Kommune, wie Freigabe der Turnhallen, Anlegung von Spiel- und Turn-plätzen, Freigabe der Badeanstalten usw.

Alt und jung marschierte in den Zügen in Sportkleidung mit, und zwar waren vertreten: Turner und Turnerinnen, Fußballer, Hockeyspieler, Leichtathleten, Schwimmer, Ruberer, Segler, Wanderer, Radfahrer, Athleten, Mandolinenspieler, Tambour-korps, Bläser usw. Das Bild, das der Lustgarten bot, war über-wältigend, und gar manchem Arbeiter, der noch einem bürger-lichen Sportverein angehört, wird es wie Scham überkommen sein, daß er sich noch nicht einem Verein seiner Klassenbewußten Arbeiterbrüder angeschlossen hat.

Die Kundgebung im Lustgarten wurde durch einen Marsch, ge-leitet von den Arbeiter-Mandolinenspieler-Vereinen Berlins, eingeleitet. Es war eine gute Leistung. Reicher Bei-fall lohnte die Spieler. In kurzen Ansprachen wurde die Bedeu-tung der Arbeiter-Sportbewegung betont und gefordert, daß jeder sportfreudige Arbeiter sich seinen Klassen-genossen anschließe. Zag-haft klingen die Domglöden zu läuten an, als Arbeiter-musiker, diesmal Bläser, die unvergleichliche „Inter-nationale“ intonierten, in die die Demonstranten im Refrain mit einstimmten. Ein frischer Marsch, eingeleitet von einer Tambourkapelle, gab das Zeichen zum Schluß der De-monstration. Unter Vorantritt von Musikkapellen und unter fröhlichem Gesang marschierten die Züge wieder ab, überall sichtbar tiefen Eindruck hinterlassend.

Arbeiter-Radfahrer zeigten vor dem Schluß ihre Kunst im Reigenfahren.

Auch an dieser Stelle möchten wir nachdrücklich darauf hin-weisen, daß laut Beschluß des Zentralvorstandes unsere Partei-genossen angehalten sind, sich nur Arbeiterportvereinen anzuschließen.

Wahl zur Berliner Lehrerkammer

Nach zweijährigem Bestehen der Berliner Lehrerkammer findet am Montag, den 30. Mai, ihre Neuwahl statt, diesmal in erweiterter Form über ganz Berlin. Diese Wahl ist von großer Bedeutung nicht nur für die kommenden geistigen Strömungen innerhalb der Berliner Lehrerschaft, sondern ihre Zusammen-



Abb. 1. Kleid aus weiß besticktem Voll-Voile mit weißen Stickerei-Einsatz. Lg. 60 cm 98.-
Je 5 cm länger 8 M. mehr

Abb. 2. Kleid aus roten oder blau-farbigem Zephirleinen Länge 60 cm. 69.-
Je 5 cm länger 6 M. mehr

Reise-Artikel
Reise-Neccaire 6 teilig, mit guten Gebrauchsgegenständen 59.-
Reisetasche Maulbügelform, Segeltuch mit Stoff-Futter
Bügelänge 40 45 50 55 60 cm
112 119 126 140 154
Kupeckoffer mit Schloß und echten Vulkanfaserdecken Lg. 60 65 70 75 cm M. 59.50 64.- 68.- 72.-

Wolfsrauel

BERLIN C * KÖNIGSTRASSE * SPANDAUERSTRASSE

Der Sommer-Katalog wird auf Wunsch kostenfrei zugesandt.

Eisschränke
Mit Oberkühlung, vorzügl. Ausführung
Eisschrank Nr. 1. Hell lackiert, eintürig m. kräftig. Zink-Einlage, 95x50x52 cm 490.-
Eisschrank Nr. 4. Hell lackiert, rweitürig m. kräftig. Zink-Einlage, 95x86x53 cm 745.-
Eisschrank Nr. 100. Hell lackiert, eintürig, mit starker Glaseneinlage, 81x48x44 cm 690.-

Damenkleidung
Bluse aus farbig be-ausdruckt. Waschat 18.50
Sportbluse aus weiß. Zephir, weiß gestreift, halbfrei od. geschloß. zu tragen 39.-
Rock aus weißem Frotté 79.-
Rock aus römisch gestreiftem Frotté .. 125.-
Dirndl-Kleid mit Schürze 122.-
Kleid bez. Vollvoile 125.-
Morgensjacke a. bedr. Waschat 39.-

Wirktwaren
Herren-Oberhemden weiß Triköt mit weißem Einsatzen... 37.50
Herren-Jacken Patentflet, gelblich, Mittelgröße 38.50
Herren-Beinkleider Pat.-Flet, gelblich, Mittelgr. 41.-
Damen-Strümpfe feine Baumwolle in allen modern. Farben 12.75
Kinder-Söckchen mit Wollrand, Größe 1 5.90
Jede weitere Größe 55 Pfg. mehr.

Badewäsche
Bade-Anzüge Mada-polam mit rotem Besatz 65.-
Schwarz Satin mit weißem Besatz..... 78.-
Trikot-Badeanzug marine ... Mittelgröße 33.-
Bademantel Damen u. Herren, Schlafrockform, grau mit farbig. Aufschlag 170.-
Gummi-Badekappen 22.- 30.- 37.50

Frottierwäsche
Weißes Krüselstoffgewebe
Handtuch ca. 50x100 16.75
ca. 50x110 18.75
Badelaken 100x100... 34.50
125x160 140x180 160x200
79.50 99.50 127.50
Seiftücher Stück 0.95
Gerstenkorn-Badetuch mit Inschrit, Rein-leinen, 160x200 cm 127.50

Garten- und Balkon-Möbel
Holz-Klappmöbel
Stuhl 32.- Bank... 55.-
Tisch 42.- Hocker 12.-
Liegestuhl mit Arm-lehnen... 28.-
Mit Armlehne u. Fußteil 42.-
Korbessel weiß oder braun... 98.-
Kissen für Korbessel... 25.-

Holz-Klappstuhl 38.-

lehung wird auch auf das Verhältnis zu den sozialistischen Elternbeiräten rückwirkend sein und somit auf die zukünftige Gestaltung der Schule bedeutenden Einfluß ausüben.

Die Richtungen haben Vorschlagslisten eingereicht. Die rechte Richtung nennt sich christlich-national. Vertreten durch den deutsch-nationalen Lehrerbund, den katholischen und evangelischen Lehrerverein und den Reformverein, huldigt sie in politischer Beziehung der Monarchie, in kirchlicher der Sekundarschule und in beruflicher Hinsicht der Dienstautorität (Schulmilitarismus für Lehrer und Schüler).

Die zweite Richtung geht aus von den bürgerlich-liberalisierenden Lehrervereinen. Sie sucht den Lehrerberuf in ihrer Isoliertheit als einen mit immer neuen Vorurteilen zu versehenen Stand zu erhalten und führt einen scharfen Kampf gegen jede Beteiligung der sozialistischen Elternbeiräte in Schuldingen und damit gegen jede Gemeinschaftsschule. Schule ist für sie nicht Sache der Gemeinschaft, sondern ihr Ruf ist: „In der Schule alle Macht den Lehrern!“

Die dritte Richtung geht von einer zwar noch kleinen aber aktiven Lehrergruppe aus. Sie wird gebildet vor den sozialistischen und freigewerkschaftlich organisierten Lehrern. Die Liste dieser Richtung ist aufgestellt von der Freien Lehrergewerkschaft Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, und trägt den Namen

Liste Hädicke

Alle Lehrer, denen das Wohl ihrer Schule ernstlich am Herzen liegt, wählen diese Liste!

Wahl der Dezenten für die Schulen

In der Zentraldeputation wurden mit 11 sozialistischen Stimmen gegen 9 bürgerliche Stimmen Dezenten beim Oberstadtschulrat gewählt: Für das Volksschulweien Kreisamt Rat Wahl, für das höhere Schulweien die Genossin Siegfried, für das Berufsschulweien Dr. Hertzog.

Es ist bezeichnend, daß obwohl die Genossin Siegfried selbst auf die Bürgerlichen den ausgezeichneten Eindruck machte, keine bürgerliche Stimme für sie abgegeben wurde. Das sind dieselben Herren, die in der Stadterordnetenversammlung den Antrag einbrachten, daß nur nach sachlichen, nicht nach politischen Gesichtspunkten gewählt werden dürfte.

Die neuen Milchpreise

In einem Teil der Berliner Presse werden gegen die beabsichtigten Maßnahmen des Magistrats auf dem Gebiete der Milchversorgung Angriffe erhoben, die entweder jeder Unterlage entbehren oder von falschen Voraussetzungen ausgehen. Die inwischen beschlossenen Maßnahmen des Magistrats dürften den Beweis erbringen.

Wie bekannt, ist auf Grund einer Vereinbarung mit der Landwirtschaft für die nächsten 4 Monate der Milchpreis frei Bahnhof Berlin auf 2,60 M. normiert. In Wirklichkeit stellt sich der Preis aber, wenn man alle vor der Ankunft in Berlin entstehenden Kosten berücksichtigt, frei Berlin auf 2,83 M. und damit um rund 50 Pfennige höher als bisher, so daß sich, da außerdem auch innerhalb Berlins entstehende Unkosten eine Erhöhung erfordern mußten, der Kleinhandelspreis auf 3,60 M. stellen würde.

Ein solcher Preis hätte die Ernährung der kleinen Kinder aufs äußerste gefährdet, was auch von der Reichsregierung eingesehen wurde; denn sie empfahl eine Verbilligung, ohne allerdings praktische Mittel und Wege angedeutet zu haben. Auch der Magistrat mußte die Rücksicht auf die kleinen Kinder allen anderen Interessen vorantstellen. Da allgemeine Mittel aber nicht zur Verfügung stehen, so konnte die beabsichtigte Verbilligung auf den bisherigen Preis von 3 M. nur durch eine entsprechende Befreiung der über den Notbedarf für Kinder, Schwangere und Kranke hinaus notwendigen Milch ermöglicht werden.

Vom 1. Juni ab erhalten daher zum Literpreise von 3 M. die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre 1/2 Liter, die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre 3/4 Liter, die schwangeren Frauen in den letzten 3 Monaten 1/2 Liter, die Inhaber von Krankenarten 1/2 Liter. Dies ist etwa die Hälfte der insgesamt zur Zeit zur Verfügung stehenden Milch. Ab 1. Juli kommen die 1/2-Liter-Krankenarten und ab 1. August alle Krankenarten in Fortfall.

Das über den Notbedarf hinaus eingehende Milchquantum wird ab 1. Juni 1921 zum Preise von 4 M. frei verkauft. Zur weiteren Sicherstellung des freien Milchverkehrs auch in der mangelhaften Zeit des Herbstes und Winters soll die Emulsionsmilch dienen, die nach dem Urteil von berufenen ärztlichen Sachverständigen ein durchaus einwandfreies und der Frischmilch gleichwertiges Produkt ist und ganz mit Unrecht von den gegen die kommunale Milchbewirtschaftung kämpfenden Interessententeilen beim Publikum in dem schlechten Ruf eines minderwertigen Ersatzmittels zu bringen versucht wurde.

Schloßendieher in der Mark sind wieder einmal tätig gewesen. Auf Schloß Redlin bei Genthin an der Havel, das einer altadeligen Familie gehört, öffneten sie an der Hinterfront ein Fenster und flogen in ein. Sie stahlen für 100 000 M. Silbergeschmuck aller Art, die alle mit einem Wappen aus drei Adlern und den Buchstaben W. A. gezeichnet sind. Für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Silbergeschmuckes ist eine Belohnung bis zu 5000 M. ausgesetzt. Die Diebe werden vermutlich versuchen, ihre Beute in Berlin zu Geld zu machen. Deshalb beschäftigt sich auch die Berliner Kriminalpolizei mit dem Schloßendiebstahl.

Zu dem Fall des Fliegers Jannin erfahren wir, daß eine Voruntersuchung nicht stattfindet, die Staatsanwaltschaft sich vielmehr mit dem Vorverfahren begnügt. Die Hauptverhandlung soll möglichst bald stattfinden. Es scheint, daß die Angelegenheit durch Gerüchte sehr übertrieben worden ist. Die Belastungszugewinnen sind vollständig fittlich verwahrt. Infolge Mädchen, und zwar nicht alle so jugendlich, wie behauptet worden ist, die auch sonst reichliche Herrendelantigkeiten suchten und fanden.

Gegen zwei Lebensmittelhändler des Eden-Hotels hatte gestern das Bürgergericht des Landgerichts III zu verhandeln. Angeklagt wegen Schlechthandels waren der Kaufmann Arthur Fetz aus der Marburger Straße und die Frau Gertrud Strauß geb. Joub. Wie die Ermittlungen des Landespolizeiamtes ergeben haben, zählen die beiden Angeklagten zu jenen Lebensmittelhändlern, welche das Eden-Hotel lange Zeit hindurch mit Schlechthandelsware versorgt hatten. Die Strauß hatte in ganz kurzer Zeit für 100 000 Mark Zucker, Mehl, Butter usw. geliefert. Um ähnliche Mengen handelte es sich bei dem Angeklagten Fetz. — In der gestrigen Verhandlung war die Angeklagte Strauß nicht erschienen. Der Staatsanwalt beantragte die Verhaftung, während Rechtsanwalt Grünspach ein Akt des Gerichtsarztes, Sanitätsrat Dr. Lehmann, vorlegte, nach welchem die Angeklagte nicht verhandlungsfähig sein soll. Das Gericht nahm von der Verhaftung Abstand. Bezüglich des Angeklagten Fetz erkannte das Gericht auf 1 Monat Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe.

Die Verordnung über den Aushang und die Aufstellung von Preisverzeichnissen bleibt bestehen. Die beteiligten Kreise werden hierauf besonders hingewiesen mit dem Bemerkung, daß die Preisverzeichnisse nach wie vor die Befolgung der Verordnung über den Aushang und die Aufstellung von Preisverzeichnissen übermächtig und Zwangsverhandlungen zur Anzeige bringen wird.

Der Magistrat hat der Stadterordneten-Versammlung eine Vorlage zugehen lassen, mit dem Eruchen, die Bezirksversammlung der Kemter 7-20 mit der Auswahl der Beiziger bei den Nichteinigungsunterabteilungen zu beauftragen, und zwar derart, daß die Wahl durch diejenigen Bezirksversammlungen erfolgt, in deren Bezirk die Einigungsamtsabteilung ihren Amtssitz hat.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters, unter Leitung von Richard Döpler, findet am Montag, den 30. Mai 1921, in der Brauerei Königsplatz, Schönhauser Allee 10-11, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Gewerkschaftliches

Jahrbuch der Bergarbeiter

In einem biden Band von 536 Seiten, hat der Verband der Bergarbeiter Deutschlands seinen Jahresbericht für 1920 niedergelegt, der von jedem ernsthaften Gewerkschaftschroniker beachtet werden muß. Außerordentlich wertvolles Material ist hier in systematischer Reihenfolge niedergelegt worden.

Das Jahrbuch enthält in seinem ersten Teil eine allgemeine orientierende Uebersicht mit vielen volkswirtschaftlich wertvollen Angaben und Ausführungen, die sich u. a. auf die Krise im Erzbergbau beziehen. Wir erfahren, daß anfangs 1921 von 65 lothringischen Hochöfen nur 27 unter Feuer standen. Die Erzgruben leiden deshalb ungeheuer unter Abfahrmangel, obgleich auch die Minetteerzpreise bedeutend gefallen sind, und zwar auf 13-14 Fr. die Tonne.

Das Jahrbuch bespricht auch die „sehr umstrittene Einrichtung“, die Arbeitsgemeinschaft, die von den Unternehmern, wie ausgeführt wird, nicht zugunsten der Gewerkschaften in uneigennütziger Weise gefördert, sondern vielmehr der Rot gehorchend, ins Leben gerufen wurde. Trotzdem erklärt das Jahrbuch, daß es „anklung wäre, jetzt aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten“. Denn die Gewerkschaften sind diesen Arbeitsgemeinschaften beigetreten, um die Arbeiter „an der Führung der Wirtschaft zu beteiligen“. Wie, haben wir ja bisher gesehen, und die Sozialisierung marшиerte, frei nach Scheidemann, auf den — Plakaten.

Der Gewerkschaftliche Nachrichtendienst des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bespricht ebenfalls das Jahrbuch, ohne auch nur mit einem Wort diesen Punkt zu berühren. — Der Partei- und Gewerkschaftspresse wäre zu empfehlen, nicht einen schematischen Nachdruck solcher Auszüge vorzunehmen, sondern sich der Mühe zu unterziehen, selbst solche wichtige Dokumente mit kritischem Blick zu prüfen. Einen breiten Raum nehmen die Tarife ein, das Uebersicht-Abkommen erfährt eine Würdigung, die Jugend und die Verbandspresse wird besprochen und wir erfahren, daß die Arbeitsamern, die durch eine Verordnung vom 10. Februar 1919 geschaffen wurden, erst seit wenigen Monaten nur in Bayern und in Niederschlesien in Funktion getreten sind.

Die Berichte der Kasse, der Druckerei, des Kontrollausschusses, der Unterstützungskasse für Funktionäre usw. unterrichten über den inneren Bau des Verbandes, der Finanzen und des Mitgliederbestandes, der im 4. Quartal 1920 467 339 Mitglieder betrug, von denen 2824 weibliche waren. Statistische Aufstellungen gewähren einen leichten und schnellen Ueberblick.

Besprochen werden auch die internationalen Beziehungen, die soziale Gesetzgebung und die Sozialisierung, für die sich, in erster Linie der Bergbau in Frage kommen, einstimmig der letzte Internationale Gewerkschaftslongtreß, der im November 1920 in London tagte, ausgesprochen hat. Die Lohnbewegungen und Streiks, die Produktion und Ueberschüsse der Werke, die Reichskali- und Reichskohlenwirtschaft unterrichten über verschiedene wissenswerte Gebiete und geben wertvolle Aufschlüsse. Damit ist aber der Inhalt noch lange nicht erschöpft, der hier nur kurz angedeutet werden sollte und dessen Studium nur empfohlen werden kann.

Streik in den Leuna-Werken

Nach einer Eigenmeldung der „Roten Fahne“ sind die Arbeiter der Leuna-Werke in den Streik getreten. Eine Bestätigung der Nachricht von anderer Seite liegt im Augenblick noch nicht vor, doch spricht vieles für ihre Richtigkeit. Nach dem Kommunismus im März hat die Leitung der Leuna-Werke die Arbeiterschaft wichtiger Rechte zu berauben gesucht. Sie begann ferner mit dem Lohnabbau und trotzte der Arbeiterschaft eine Arbeitsordnung auf, die höchst ansehnliche Bestimmungen enthielt.

Daß sich dagegen die Arbeiterschaft mit aller Macht wehrt, ist selbstverständlich ihr gutes Recht, ja ihre Pflicht. Solidarität den Arbeitern der Leuna-Werke gegenüber ist deshalb dringende Notwendigkeit.

Bilanzlegen und Arbeiterwohlfahrt

Bei den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ist man auch in diesem Jahre wieder in der glücklichen Lage, 30 Prozent Dividende zu verteilen, trotzdem der größte Teil ihrer Werke stillliegt. Das kleine Kugellagerwerk in Borsigwalde arbeitet seit 1/2 Jahren nur an 3 Tagen in der Woche, und dennoch war es möglich diesen reichen Segen auszuschütten. Fortgesetzt werden hier Entlassungen vorgenommen und der Arbeiterschaft auf jede nur mögliche Art und Weise das Leben schwer gemacht. Nun sollte man annehmen, daß die Herren der Verwaltung bei dieser reichen Fülle von 30 Prozent auch ihrer Arbeiterschaft etwas zugute kommen ließen. Aber weit gefehlt. Nicht genug, daß die Belegschaft schon seit 1/2 Jahren mit dem halben Wochenlohn vorlieb nehmen muß, soll jetzt noch an der für eine Wohlfahrts-einrichtung geltenden Kantine gekapert werden. Bisher betrug der Preis für ein Mittagessen 1,50 M. Jetzt ist er futzendhalb von der Direktion ohne vorherige Mitteilung an den Betriebsrat auf 2,50 M. festgesetzt worden.

Damit die ausgleichende Gerechtigkeit deutlich sichtbar wird, ist der Preis für das Essen auch für die Direktionsmitglieder erhöht worden, und zwar ebenfalls um 1 M., nur mit dem Unterschied, daß der Direktion für dasselbe Geld ein richtiges Menü vorgesetzt wird, während das Essen der Arbeiter sehr primitiv ist und teilweise aus Abfällen besteht. — Ein drastisches Kapitel kapitalistischer Philantropie!

Buchbinder gegen Moskau

Kurz vor Redaktionsschluß wird uns das vorläufige Abstimmungsergebnis übermittelt. Für die Beschließung des Kongresses in Moskau wurden 2116, dagegen 3187 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug circa 33 Prozent.

Mitglieder der Konjungenossenschaft. Die Betriebsstatistiken in der Konjungenossenschaft finden am Dienstag, den 31. Mai, statt. Wir bitten unsere Genossen, ihre Angehörigen, welche in der Konjungenossenschaft beschäftigt sind, darauf hinzuweisen, daß die freigewerkschaftliche Liste für den Angeleiterten die Nr. 1 trägt und mit dem Namen Gertrud Weise beginnt. Die Liste für den Arbeiter trägt die Nr. 2 und beginnt mit dem Namen Bruno Groppler.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Möbelfabrik von Hartwig, Boppstraße 5, ist nach wie vor für unsere Kollegen gesperrt. Arbeiter der Runge-Werke, welche noch Anspruch auf die Feiertage 1919 haben, wollen sich im Lohnbureau der Runge-Werke melden.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission. Am Dienstag, den 31. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokale der Ww. Arndt, Kantstraße 51, eine Versammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission mit folgender Tagesordnung statt: 1. Erneute Agita-

tion für die Volksfürsorge. 2. Die Zweckmäßigkeit eines Zentralgewerks- und Kaufmannsgerichts für die Einheitsgemeinde Groß-Berlin. 3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Die Funktionäre der einzelnen Gewerkschaften, Betriebsräte und die Gewerkschaftsgerichtsbefugten sind ganz besonders zu dieser Versammlung eingeladen. Der Ausschuh der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

H. S. P. D.-Stellmacher. Am Dienstag, den 31. Mai, abends 7 Uhr, bei Hummel, Sophienstraße 5, wichtige Versammlung aller Kollegen, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen. Sympathisierende Kollegen können eingeführt werden. Der Fraktionsvorstand.

Jugendbewegung

Der Weg ist klar

Die Sozialistische Proletarierjugend hat auf ihrer Reichskonferenz zu Pflingsten in Gera Beschlüsse gefaßt, die von richtunggebender Bedeutung sind. Sie hat in schöner Einmütigkeit das getan, was die Zeit gebieterisch forderte, um aus einem Zustand der Schwäche und der Halbheit herauszukommen.

Zwei Punkte sind aus den Verhandlungen besonders hervorzuheben: „S. P. J. und Internationale“ und „Die Stellung der Organisation zu den sozialistischen Parteien“. Beide Punkte sind eine geraume Zeit und mit außerordentlichem Ernst in zahlreichen Diskussionen besprochen worden, und in beiden Fragen war schließlich die Situation vollkommen klar geworden.

In der Frage der Internationale war natürlich eine Zeitlang der Anschlag an die kommunistische Jugendinternationale brennend. Hatte schon ein Teil der erwachsenen Arbeiterschaft den Anschlag an die 3. Internationale für gleichbedeutend mit Solidarität mit Somet-Rußland gehalten, um wieviel stärker mußte dieses Gefühl bei der Jugend sein, die sich weit mehr von Empfindungen als vom Verstand leiten läßt!

Ja nun, die Frage der 3. Internationale ist für die Jugend so erledigt, wie sie es für die erwachsene Arbeiterschaft ist. Erst der letzte Putsch in Mitteldeutschland hat gezeigt, daß in der R. J. jener Geist der Gewaltanbetung und des Militarismus geüchtet wird, dessen Bekämpfung von jeder eine der vornehmsten Aufgaben der sozialistischen Jugendorganisationen gewesen ist. Vom 28.-28. Februar d. J. fand in Wien eine internationale sozialistische Jugendkonferenz statt, an der Delegierte aus Deutschland, der deutschen und polnischen Tschechoslowakei, Frankreich, Jugoslawien, Lettland und Ungarn teilnahmen. Man schuf hier eine „Internationale Arbeitgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen“ und gab sich ein Programm, in dem in außerordentlich klarer Weise die Aufgaben der sozialistischen Jugendorganisationen und ihre Stellung zu den proletarischen Parteien aufgezeigt wird. Der Anschlag an diese Arbeitgemeinschaft wurde einstimmig beschlossen.

Von ganz besonderer Bedeutung aber für die S. P. J. ist der andere Beschluß, der ihren ideellen Anschlag an die U. S. P. D. ausspricht. Es hatte sich mehr und mehr gezeigt, daß jener alte Zustand der angeblichen parteipolitischen Neutralität schließlich ein Uindig geworden war. So schön und richtig es ist, daß die Jugendlichen zu Sozialisten und nicht zu Parteimitgliedern heranzubilden sind, so wenig ist damit im gegenwärtigen Zeitpunkt anzufangen. Außer der U. S. P. D. lehnten alle anderen proletarischen Parteien eine Zusammenarbeit mit der S. P. J. ab; denn jede Partei hatte ihre eigene Jugendorganisation. Außerdem war es aber gerade die parteipolitische Neutralität, die endlose, unfruchtbare Reibereien innerhalb der Jugendlichen zeitigte, denn sie sahen eine sehr wichtige Aufgabe darin, immer wieder zu unteruchen, ob man sich nicht zu deutlich an eine Partei anlehne. Diesem Zustand mußte ein Ende bereitet werden. Darum tat man das einzige, was zu tun war, man beschloß, sich der Partei anzuschließen, die allein die S. P. J. ideell und materiell unterstützt hatte, d. h. man sprach offen und eindeutig das aus, was durch das Verhalten der anderen proletarischen Parteien tatsächlich längst bestand.

Es ist nun die Pflicht der Partei, der Eigart der Jugend in jeder Hinsicht Rechnung zu tragen, und — das sei an dieser Stelle besonders betont — sich in erhöhtem Maße der Wichtigkeit der sozialistischen Jugendbewegung bewußt zu werden. Die geistige und sittliche Erthüchtigung des Jugendproletariats ist wahrhaft revolutionär. Denn wie und wann auch immer das Proletariat die Bourgeoisie überwinden wird, das wissen wir gewiß: das Proletariat wird nur dann seine Macht zu erlumpfen und zu behaupten imstande sein, wenn es der jetzt herrschenden Gesellschaftsklasse geistig und sittlich überlegen ist.

Georg Mendelsohn.

An alle Referenten der U.S.P.

Die Jugendbewegung hat einen Aufschwung genommen, der das Beste für die Zukunft hoffen läßt. Neue Ortsgruppen sind gebildet worden, und überall hat eine rege Aufklärungs- und Bildungsarbeit eingesetzt. Doch macht sich ein Mangel an Referenten fühlbar, die sich der Jugend für ihre Veranstaltungen zur Verfügung stellen. Wir wenden uns deswegen an alle, die in der Jugend helfen wollen. Selbstverständliche Voraussetzung ist jedoch, daß die Referenten mit Liebe und Verständnis zur Jugend kommen und die Vorträge dem jugendlichen Auffassungsvermögen angepaßt gestalten.

Wir bitten alle Parteigenossen und Genossinnen, ihre Adressen sowie die Themen, über die sie zu sprechen wünschen, uns einzulenden. Eine Benachrichtigung zu einem zu haltenden Vortrag erfolgt in jedem Falle rechtzeitig.

Zentrale Berlin der Sozialistischen Proletarier-Jugend, Breite Straße 8-9.

Jugendsekretariat der Sozialistischen Proletarierjugend: C 2, Breite Str. 8-9, Post. 6, part.

Mitteilungen der Zentrale: Freitag, 3. Juni, Generalsekretärsammlung. Lehungsabend bei Cheres findet nicht statt. Veranstaltungen der Gruppen: Chem: Schule Tüftler Straße, part. 2. Montag, 20. Mai, Spielabend, Sonntag, 5. Juni, Tour nach dem Grotte. Nordsee: Lokal Schwanberg, Kappenberg Str. 3, Montag, 30. Mai, Diskussionsabend. Gewerkschaften: Schule Grotteburg, 2. Dienstag, 31. Mai, Mitgliederversammlung. Freitag, 3. Juni, Wedding: Wittmoth Katernbergsche Jugendheide, Dienstag, 31. Mai, Mitgliederversammlung in der Schule, Legeler Str. 18. Montag, 21. Mai, Spielabend, Schule Grotteburg, 2. Dienstag, 31. Mai, Mitgliederversammlung. Sonntag, 5. Juni, Wandern. Neuffels: Jugendheim Schierke, Ede Nitzsche, Dienstag, 31. Mai, Leisubend. Freitag, 3. Juni, Das Heim in Freitag geschloßen. Vilsbiberg: Lokal Selzte, Schwanberg, Ede Kropfingstraße, Dienstag. Eitelauer Bierzel: Schule Ritzstein 34. Montag, Wittmoth, Werben: Spd. Lohmann, Hültenstr. 43. Jannetung Katernbergsche, Wittmoth, 1. Juni, Funktionärsversammlung. Sonntag, 6. Juni, Wandern. Fernlauder Werbat: Lokal Plepinski, Schilkenstr. 48. Dienstag, 31. Mai, Diskussionsabend. Messing: Barock, Hohenbergstr. 14. Dienstag, Werben: Schule Kropfingstraße. Montag, Donnerstags, Johannes: Lokal Johannes-Werben-Str. 7, Montag, Sonntag.

Die Schwangerschaftsunterbrechung in der Kulturgeschichte

Von Helene Platte, Leipzig

Durch die bürgerliche Frauenwelt geht ein Sturm der Entwertung über die von den beiden sozialistischen Parteien eingebrachten Urträge auf Aufhebung der Paragraphen 218-220 des StGB. Der Antrag unserer Partei verursacht ihnen direkt Schaudern und Entsetzen, aber auch der Antrag der Rechtssozialisten, der nur dann Straffreiheit vorsieht, wenn die Unterbrechung der Schwangerschaft von der Schwangeren oder einem staatlich approbierten Arzte in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft vorgenommen wird, erscheint ihnen schon geeignet, die Weltgeschichte ins Wanken zu bringen.

Die Begründung für die Ablehnung ist überall dieselbe. Man spricht von einem „vollkommenen Verfall der Sitten, Vernichtung der Ehrfurcht vor dem Leben und der Heiligkeit der Mutterschaft, die man durch zwangsweises Kindergebären mit einer bedeutenden Gloriosa glaubt umgeben zu können.“

Die Vernichtung keimenden Lebens ist so alt wie die Kulturgeschichte der Menschheit, und man kann sie, streng genommen, als eine Art Fortschritt ansehen gegenüber den bei den wilden Völkern üblichen Kindesmorden. Ueber die Ursachen dieser Erscheinung berichten die Forscher einmütig, daß sie nicht Degenerationsmerkmale sind. Der Gedanke, daß ein „Unrecht“ mit einem Eingriff verbunden sei, kommt erst viel später, nämlich als politische und religiöse Gelehrte erkannten, daß man Menschen und abermals Menschen in Fülle brauchte um der wirtschaftlichen Vorteile willen.

Bei den noch auf der Unterstufe der Barbarei lebenden Ozeanikern und Australiern ist die Abtreibung gebräuchlich, und zwar wegen der Schwierigkeit, womit die Aufzucht der Kinder verbunden ist.

Von Neu-Süd-Wales wird dasselbe berichtet.

Auf Neu-Seeland hat man neben der Abtreibung der Frucht noch den Kindesmord, ebenso in Neu-Mecklenburg. In Ozeanien ist die Ursache der Abtreibung besonders darin zu sehen, daß den Frauen bei der Schwangerschaft und Geburt ganz unehörte Qualen auferlegt werden.

Von den Bewohnern in Neu-Kaledonien, Samoa, Tahiti und Hawaii, von den Sandwich- und Biljalein bewohnen die Forscher, wie häufig die gemachten Aborte sind. Die Namen der Völker ließen sich noch beliebig vermehren. (Vergleiche Bloch und Bartels: „Das Weib in der Natur- und Völkerkunde“.) Zusammenfassend kann man sagen, daß unter den Naturvölkern nicht eins gefunden wurde, das die künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft nicht kannte. Natürlicher Abort war so gut wie unbekannt, kam er vor, war er wohl immer beabsichtigt. Nicht nur die Vernichtung des keimenden Lebens unter den Ehefrauen ist gebräuchlich, die Forscher stellen vielmehr fest, daß bei vielen Völkern den Mädchen vor der Ehe der Geschlechtsverkehr gestattet ist, uneheliche Kinder jedoch hier, wie überhaupt im ganzen Orient, sehr selten sind. Man befristet einfach die sich etwa einstellenden Folgen des Verkehrs.

Nicht uninteressant ist es übrigens, daß man in der Abtreibung der Frucht in Brunet auf Barnes eine solche Meisterschaft erreicht hat, daß eine Gefährdung der Patientin fast niemals eintritt.

In China und Japan, bei den Völkern Afrikas und besonders bei den Indierinnen, die in sehr jungem Alter heiraten, sind künstliche Aborte eine alltägliche Erscheinung.

Von den Kulturvölkern ist es erstes die Griechen genannt werden. Plato erkannte vor bereits zweieinhalb Jahrtausenden die Wirkung forgschätlicher Anstöße auch unter den Menschen und verlangte in seinem „Staat“ streng vorgeschriebene Nachwahl. Er gestattet den Hebammen, eine Fehlgeburt einzuleiten, „wenn man eine solche beabsichtigt“. Sein Schüler Aristoteles sagt folgendes: „Wenn aber in der Ehe wider Erwarten Kinder gezeugt werden, so soll die Frucht, bevor sie Empfindung und Leben bekommt, abgetrieben werden.“

Nicht ein Gedanke an Verbrechen, Mord oder Gefährdung der Sitten kommt den großen Philosophen. Lediglich die soziale Einsicht sollte den Kinderlegen in der Familie regeln.

Bei den Römern war die Schwangerschaftsunterbrechung ebenfalls allgemein und nicht strafbar, wenn sich auch Männer wie Seneca, Juvenal und Ovid dagegen wandten.

Von den christlichen Kirchenvätern war ursprünglich auf die Abtreibung nur eine Buße gesetzt. Augustinus (geb. 353) erklärte, daß eine Frucht bis zum 40. Schwangerschaftstage unbedeutend sei. Auf Abtreibung einer solchen hand Geldstrafe, auf Abtreibung einer älteren „belebten“ Frucht hingegen Todesstrafe. Das Konzil zu Konstantinopel im Jahre 869 bezeichnete jedoch jede Abtreibung als Mord. Diese Ansicht ist auch heute noch die, allerdings wohl in den meisten Fällen nur „zur Schau“ getragene Meinung vieler gläubiger Frauen, wie aus den Erklärungen des evangelischen und katholischen Frauenbundes zu unserem Antrag auf Beseitigung der Paragraphen hervorgeht. Die Häufigkeit der Aborte in den christlichen, besonders in den katholischen Staaten beweisen es zur Genüge.

Soweit uns über das soziale Leben der Völker, die wir unsere Vorfahren nennen, etwas berichtet wird, wird festgestellt, daß der Abortus etwas sehr Gebräuchliches war. Die ältesten deutschen Gesetzbücher nehmen darauf Bezug. Das alemannische, vom Frankenkönig Dagobert (gest. 638) erneuerte Rechtsbuch sah Geldstrafen vor für den, der eine Schwangere abortieren machte. Das salfränkische und ripuarische Recht bestrafte den Täter mit Geldstrafen, und zwar um so höher, wenn das Leben der Mutter dabei zugrunde ging.

Im „Sachsenspiegel“ und im „Schwabenspiegel“ wird der Abortus nicht erwähnt. In dem von Karl V. im Jahre 1533 herausgegebenen Gesetzbuch sehen wir deutlich die Einwirkung religiöser Faktoren. Es wird ein Unterschied zwischen belebter und unbelebter Frucht gemacht. Auf die Beseitigung der ersteren stand die Todesstrafe, über die Bestrafung der zweiten sollte den „Rechtsverständigen“ die Entscheidung zustehen.

Das preussische Landrecht vom Jahre 1794 sagt: Weibspersonen, die sich eines Mittels bedienen, die Weibsperson abzutreiben, haben schon dadurch Zuchthausstrafe von 6 Monaten bis zu einem Jahr vermerkt. Wirklich vollbrachte Abtreibung innerhalb der ersten 30 Schwangerschaftswochen ist mit Zuchthaus von 10 Monaten bis zu einem Jahr bedroht. Mithelfende traf die gleiche Strafe. Bei mehrfacher Wiederholung des Vergehens wurden die Verbrecher gestraft. Man sieht, daß dieser Paragraph fast wörtlich in unser heutiges StGB übernommen wurde.

Um das Bild zu vervollständigen, sei zum Schluß noch der Mittelgedacht, die in Anwendung gebracht worden sind. Hier gesehen die Ethnologen, daß es in der Hauptsache dieselben Mittel waren, die man auch heute noch in derselben Form anwendet! Tee aus Blättern bestimmter Sträucher und Pflanzen, sowie auch teilweise mit höchster Kunstfertigkeit ausgeführte operative Eingriffe, wie sie von den Ärzten bei dem heutigen Stand der Technik nicht besser ausgeführt werden können. Weniger verbreitet sind sogenannte hypodermische Mittel und Zaubermittel. Man hatte wohl nur zu bald erkannt, daß sich der Natur bei diesem ernsthaften Vorgang nicht spotten ließ.

Wenn wir so einen kurzen Blick geworfen haben auf eine soziologische Erscheinung, die mit der Entwicklungsgeschichte der Menschheit innig verknüpft ist, die vom rohen Kindesmord überging zur Vernichtung des Ungeborenen, so erkennen wir auch, daß dieser Zustand einer späteren Zeit einmal unbekannt sein wird. Wie man das Stadium des Kindesmordes überwand und zum Abortus überging, wird man auf dem jetzt schon beschrittenen Wege weitergehen und durch restlose Aufklärung über geschlechtliche Dinge und durch die Entwicklung der Wissenschaft die Empfängnis in allen ungewollten Fällen verhüten.

Sieben männliche und weibliche Philister nicht über ihren engbegrenzten bürgerlichen Horizont, glauben sie diese Begleiterscheinung tausendjähriger Entwicklung mit Zuchthausparagrafen bekämpfen zu können, so wird es Sache des Klassenbewußten Proletariats sein, die Veränderung solcher Anschauungen herbeizuführen. Auf den Sozialismus können wir nicht warten. Schon in der bürgerlichen Gesellschaft muß sich das Proletariat das Recht auf die Geburtenverhinderung erkämpfen.

Die hundert Augenblicke

1. Der Papagei

Wenn das Fräulein Nizzi die Stenogramme des Herrn Chef auf der Schreibmaschine tippt, gibt es Augenblicke, da sie das blonde Köpfchen hebt und hinüberschaut zu dem großen neuen Käfig.

Drin sitzt der grüne Papagei, den der Chef aus Abbazia mitgebracht hat. Das Fräulein Nizzi sieht sich den Papagei an, nur ein paar Sekunden, mit lechsam fragenden Augen, mit einem leisen Zucken um die Lippen, dann beugt sie sich wieder zu den schwarz schimmernden Tasten und tippt. Aber mitten zwischen den Angeboten und Rechnungen denkt die junge Kontistin auch und kommt auf allerlei Dinge, die ihrer Fröhlichkeit bisher verborgen waren. Der Herr Chef hat mit seiner Gattin eine kleine Winterreise nach Abbazia gemacht. Was hat der Papagei schon für die Firma geleistet? Bei dieser heimlichen Frage muß das Fräulein Nizzi ein wenig lächeln.

„Haben Sie schon den Brief an die Kustriwerke geschrieben?“ „Aber Herr Chef, das war doch der zwölfte Brief, den Sie mir diktierten! Wie kann ich jetzt schon bei dem sein?“ „Na, zu häufig arbeiten Sie nicht!“ bemerkt der Herr Chef spitz. Dann tritt er zu seinem Papagei. „Lora! Lora! Was macht das Fräulein Lora?“ Und tauelnd Fragen stellt er an den Papagei, unterhält sich mit ihm, füttert ihn.

Bläulich klappert die Schreibmaschine nicht. Nur einen Augenblick nicht. Das Fräulein Nizzi sieht auf einmal das entstellende Bild: Das Tier füttert sie, den Menschen treten sie. Die Maschine klappert wieder, als ob nichts geschehen wäre. Aber die Bewegung, die durch diese Zeit schreitet, hat eine neue Kämpferin gewonnen.

2. Der Apfel wird geküßt. Aber der Mensch?

In Sandersdorf bei Halle gibt es einen hübschen Obstgarten. Wenn die Zeit kommt, hängen an allen Bäumen die roten Äpfel. Die glänzen so leuchtend in die Welt, daß manches Süßchen von Sandersdorf am liebsten über den Zaun zu den Äpfeln klettert wollte.

Kannst du lesen, Süßchen? Dann sieh die große Tafel vor dem Jaune. Sie warnt die Obstdiebe. Der Eigentümer des Gartens hat Fuhangeln und Selbstschüsse legen lassen. Trittst du ein und greiffst nach dem leuchtenden Apfel, so saßt dich die Falle und das Pulver trifft!

In einem Augustabend kam nun der polnische Arbeiter Jaskowisk auf dem Garten vorüber. Jaskowisk, ein vierundvierzigjähriger Mann, bisher ganz unbekannt. Er sah die Äpfel leuchten, so viele, so viele! Die Warnung auf der Tafel verstand er als Pole nicht. Jaskowisk kletterte in den Garten. Hier, hier hängt ein schöner Apfel. Greif! zu, Jaskowisk, nimm ihn dir! Bringst ihn vielleicht deinem Süßchen heim! Da tragt ein Schuß, Jaskowisks rechtes Bein ist zertrümmert. Er wird ins Spital gebracht. Der ganze Fuß bis übers Knie muß ihm abgenommen werden. Wie er wieder gehen kann, muß er selbst Gericht.

Am letzten Samstag stand Jaskowisk vor der Strafkammer. Nun war er wegen verlustigen schweren Diebstahls unter Anklage gestellt. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von zehn Mark wegen Forstdiebstahls. Die Strafe konnte aber doch nicht verhängt werden; es war bereits Verjährung eingetreten. Also mußte das Verfahren eingestellt werden.

Was steht du noch, Jaskowisk? Tritt dich heim mit deiner Krücke! Das Gericht macht dir nichts, geh! Du bist um deinen rechten Fuß gekommen? Bist ein Krüppel geworden? Kannst nicht mehr arbeiten? Ja, aber was willst du von der Strafkammer? Für dich ist doch ohnehin alles so gut ausgefallen. Du ersparst die zehn Mark! Deine Lippen murmeln etwas. In deinen Augen glühen Tränen. Du blickst auf das verstümmelte Bein und denkst an den Fallsteller?

Sieh mal, du scheinst falsch zu denken, hast irrige Vorstellungen über das Leben, wie es ist. Hinh! einmal näher zu mir heran und mehl es dir, Jaskowisk, und sag es auch deinem Süßchen: Geküßt werden die Äpfel der Reichen und nicht die Knochen der Armen...

Wien

Josef Luitpold

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermann Jan Mäkel Copyright by Der Neiß Verlag Berlin-Hakenfelde 1921

(M. Fortsetzung.) (Redaktion vorbehalten.)

Peter ging zur Polizei, doch wurde die Frau niemals gefunden — oder falls die Polizei sie fand, teilte sie mit der Frau und nicht mit Peter. Peter wandte sich an die Barmherzigkeit des Polizeiergeanten, überzeugte ihn davon, er, Peter, sei ein Bestandteil der Maschine, die zum Schutz des Vaterlandes dient, und schließlich zahlte der Sergeant ein Telegamm an Guffen. Doch durfte dieses bloß zehn Worte enthalten. Mit vieler Mühe gelang es Peter, sein elendes Schicksal in zehn Worten auszudrücken: „Abermals Frau, völlig ruiniert, bitte um Arbeit. Reisegeld telegraphisch anweisen.“ Ansehend wollte sich auch Guffen an zehn Worte halten; seine Antwort lautete: „Dioit, habe Sekretär Handelskammer telegraphiert, er wird Ihnen Billett geben.“

Peter verfügte sich sogleich in das prächtige Gebäude der Handelskammer, der geschäftige, flug aussehende, zugängliche junge Sekretär schickte einen Angestellten mit Peter zur Bahn, um ihm dort ein Billett zu kaufen und ihn in den Zug zu verladen. In einer betriebligen Lage erkannte Peter, was es bedeute, hinter sich eine große und mächtige Organisation zu haben, mit schönen, großen Bureaus und Geld für alle Zufälle des Lebens. Er schwor nun neuem Reichtum und Tugend, auf daß er immer die Kräfte des Geleches und der Ordnung auf seiner Seite haben möge.

76.

Peter wurde tüchtig ausgekostet und im Bureau mit zwanzig Dollars die Woche angestellt. Er mußte mit Guffens unzähligen Gehilfen verkehren, ihnen mitteilen, was er über rote Organisationen oder einzelne Rote wußte. Er selbst vermochte freilich nicht mehr den Katen zu spielen, doch gab es Fälle, wo er Detektivarbeit leisten konnte, ohne er-

kant zu werden; zum Beispiel, wenn es galt, das Vorleben eines Geschworenen auszuforschen.

Den J. W. Ws. von American-City war das Handwerk gelegt worden, die Sozialisten jedoch waren trotz Verfolgungen und Beurteilungen noch immer tätig. Auch eine neue Gefahr zeigte sich am Horizont: die Soldaten kehrten heim, viele von ihnen waren unzufrieden, wogten es, sich über die ihnen im Heer zuteil gewordene Behandlung zu beklagen, sowie über die Arbeitslosigkeit dahel, ja sogar an dem Friedensvertrag, den der Präsident eben in Paris abschloß, hatten sie etwas auszusprechen. Sie behaupteten, sie hätten gekämpft, um der Welt die Demokratie zu sichern, und nun stellte es sich heraus, sie hätten die Welt bloß für die Profitler gesichert. Dies war unverfälschter Bolschewismus in seiner gefährlichsten Form, denn diese Burchen hatten gelernt, ein Gewehr zu handhaben, und man konnte unmöglich erwarten, daß sie sofort Pazifisten werden würden.

Während des Krieges hatte es überall an Arbeitern gefehlt, und die mächtigeren Gewerkschaften hatten die Leuerung benötigt, um höhere Löhne zu verlangen. Dies hatte selbstverständlich bei den Mitgliedern der Handelskammer und der Kaufmanns- und Fabrikanten-Vereinigung Empörung hervorgezufen; sie hofften nun mit Hilfe der heimgekehrten Soldaten die Streiks zu brechen und die sozialistischen Organisationen zu vernichten. Zuerst galt es, die Soldaten zu diesem Zweck zu organisieren; die Handelskammer von American-City gab für die Errichtung von Soldatenklubs fünfzigtausend Dollars her; und als die Straßenbahner in Aufrüstung traten, wurden die Trains von Soldaten in Uniform geführt.

Es gab einen Veteranen namens Ebdney, der sich diesem Programm widmete. Ebdney gab eine Zeitschrift heraus: „Der Freund des Veteranen“, in diesem Blatt protestierte er dagegen, daß sich die Kameraden als „Gelbe“ hergeben. Der Sekretär der Kaufmanns- und Fabrikanten-Vereinigung ließ Ebdney rufen und verwarnete ihn, doch hinderte dies letzterem nicht, mit seiner Agitation fortzufahren. Schließlich wurde Guffens Agentur damit betraut, ihm das Maul zu stopfen. Peter, der sich nicht öffentlich an dieser

Arbeit beteiligen konnte, wirkte hinter den Kulissen. Zuerst wurden in Ebdneys Redaktion Spione eingeschmuggelt; bald gab es dort ihrer so viele, daß sie selbst darüber lachten, behaupteten, sie träten einander auf die Füße. Ebdney war arm, hatte kaum genügend Geld für seine Zeitschrift, nahm dankbar jede freiwillige Mitarbeit an. Und Guffen sandte ihm reichlich Mitarbeiter — Neben an der Zahl — einer führte Ebdneys Bücher, ein anderer erledigte die Postangelegenheiten, zwei sammelten für die Zeitung bei den Gewerkschaften, andere erschienen tagtäglich in der Redaktion, um gute Ratschläge zu geben. Trotdem hörte Ebdney nicht auf, das Programm der Kaufmanns- und Fabrikanten-Vereinigung anzugreifen, die Regierung anzugreifen, die es unterstützte, für die heimgekehrten Soldaten Arbeit und Land zu finden.

Einer von Guffens „Unter-Deckung-Arbeitern“ — so wurden die Peter Gudges und Joe Engels genannt — war ein Mann namens Jonas. Jonas nannte sich einen „philosophischen Anarchisten“ und posierte als rötlicher Roter von American-City. Bei radikalen Versammlungen pflegte er zu reden, an den Redner Fragen zu stellen, diesen dazu zu verleiten, Gewalt, Aufrüstung und Massenaktion zu rechtfertigen. Ging der Redner nicht darauf ein, so nannte ihn Jonas einen Schwächling, einen Kofatee-Sozialisten, einen Proletarierbetrüger. Dann applaudierten etliche der Zuhörer, und Guffens Leute wußten, wer die echten Roten waren.

Peter hatte bereits seit langem gegen Jonas Verdacht gehegt. Nun traf er in Zimmer 427 mit ihm zusammen, und sie entwarfen gemeinsam einen Plan gegen Ebdney. Jonas schrieb einen Brief, der angeblich von einem deutschen Genossen herrührte und die Namen etlicher europäischer Zeitungen enthielt, denen Ebdney sein Blatt senden sollte. Der Brief wurde abgeschickt. Am folgenden Tag erschien Jonas in der Redaktion, und Ebdney zeigte ihm den Brief. Jonas erklärte, diese Zeitungen seien sozialistische Organe; es würde die Redakteure bestimmt interessieren, die Stimmung des amerikanischen Soldaten nach dem Krieg kennen zu lernen.

(Fortsetzung folgt.)

GÜNSTIGE

ANGEBOTE

Wollwaren

Wolle

Wollwaren

Wollwaren

Damenkleidung

- Kleiderrock aus gutem karierten Stoff, flott gearbeitet... 49⁰⁰
- Dirndlkleid aus geblühtem Stoff, mit farbiger, gezo-gener Schürze... 98⁰⁰
- Weisses Washkleid aus gutem Voll-Voile mit Handtäsch... 150⁰⁰
- Reise-Mantel aus gutem im-prägniertem Stoff, in hell- und dunkelblau... 245⁰⁰
- Reise-Mantel aus gutem, rein-weißen, Dudsese imprägniert in vielen Farben... 490⁰⁰

Blusen

- Bluse aus Zephir, Sportform, vornehme Streifen... 39⁵⁰
- Bluse aus weissem Voile, mit Valenciennes-pitze... 46⁵⁰
- Bluse aus gutem Voll-Voile, mit grossem Klappenrevers... 79⁵⁰
- Jabot-Bluse aus gutem weissen Voll-Voile, hochmoderne Form... 86⁵⁰

Damen-Wäsche

- Damen-Beinkleider Knieform, fester Stoff 19⁵⁰
- Damen-Beinkleider aus gutem Stoff, mit Stickerei-Ein- und -Ansatz... 29⁵⁰
- Damen-Hemden guter, fester Stoff, mit Stickerei... 22⁷⁵
- Damen-Hemden prima Stoff, mit schöner Stickerei... 29⁵⁰
- Batist-Hemden mit schmaler Adiel und feinen Spitzen garniert... 39⁵⁰
- Damen-Nachthemden fester Stoff, halbfest, mit Stickerei, auch im Rücken garniert... 45⁰⁰
- Rockbeinkleider mit Spitze oder Stickerei... 45⁰⁰
- Hemdhosens vorzügliche Form, in Stoff und Stickerei... 95⁰⁰
- Garnituren Hemd und Beinkleid passend, prima Stoff, mit schönen Stickereien... 65⁰⁰
- Prinzessröcke gut sitzende Form, mit breiter Stickerei... 75⁰⁰

Weisswaren

- Schalkragen aus Batist, mit breiter Tüllspitze... 4⁹⁰
- Schalkragen aus Opal, mit Filet-einsatz und Spitze... 16⁰⁰
- Schalkragen aus Opal, mit breiter Filetspitze... 21⁰⁰
- Schalkragen aus Opal, mit Filet-einsatz... 22⁵⁰
- Morgenhaube aus gestricktem Batist, mit Valenciennes-Einsatz... 12⁵⁰
- Morgenhaube aus fein gestricktem Stoff, mit Filetmotiv und Bandgarnitur... 15⁰⁰

Damen-Putz

- Matelots in verschiedenen Formen und Farben... 14²⁵
- Fescher Glockenhut Strohflecht, gestickt, Tageländ, weiss u. farb... 37⁵⁰
- Moderne weisse Glasbatisthüte... 75⁰⁰ 98⁵⁰
- Weisse Wasch-Südwester... 27⁵⁰

Damenstiefel 105⁰⁰
weisser Stoff, beste Verarbeitung..

Herrenstiefel 158⁰⁰
schwarz, Rindbox, Orig.-Goodyearwell

Schnürschuhe 195⁰⁰
für Damen, braun, edel Chevreau

HERMANN TIETZ

Zum 3. Weltkongress der Kommunist. Internationale

erschient soeben:
SOWJET
Kommunistische Zeitschrift
Herausgeber: PAUL LEVI
Jahrgang 3 / 1. Juni 1921 / Heft 3
Inhalt des Heftes:
Paul Levi, Zum 3. Weltkongress der K. I.
Curt Geyer, Die Wahlen in Italien.
Richard Müller, Auf dem Wege zur K. A. P. D.
Valeriu Marcu, Der russische „Serrat“.
L. O. Frossard, Zur Krise in der deutschen Kommunistischen Partei.
Erklärung.
Preis: 2.- Mk. = Vierteljährlich 11.- Mk.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.
A. Seehof & Co. Verlag
Berlin C 54, Neue Schönhauser Str. 9

Westmanns

Trauer-Magazin
Große Auswahl.
Silligs Preise.
I. Holzengr. 37
(Kolonaden)
II. Gr. Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlendung (of.
Kant Zentrum 2800
Samstags geschlossen.

Kolonie Zeeien.

wenige Minuten vom Ger.
landschaftlich schön und be-
quem erreichbar gelegen,
verkaufte Grundbesitz
von 1800 Mk. an bei klei-
ner Anzahlung und gün-
stigen Zahlungsbedingun-
gen. Vertreterbesuch kostenlos.
W. Koschatzky,
Berlin C 54,
Klosterhagen Str. 39
3-4. Teleph.: Norden 5002.
Sonntags Treffpunkt jedes-
zeit im Restaurant Schell,
direkt am Bahnhof Königs-
Waldenhausen.

Zigaretten-großhandlung

Beh. Marken f. Wiederverkauf,
Beffen, Metzgerberg 2, 1 Tr.

Metallengroßhandlung

handl. von Eisen u. Stahl
Metalle jeder Art
zu den höchsten Tagespreisen.
Jedes Quantum wird abgeholt.
Dumboldt 261, Bauh. 43.

Trauringe

zu Engrospreisen direkt ab Fabrik.
1 Trauring 500 gefestigt 75 Mk.
1 Trauring 500 68
1 Trauring 300 30
Wir fertigen nur maßliche Trauringe ohne Verfälsch.
Trauringfabrik H. Schneider & Sohn,
Brunnenstraße 41.
Kantoor und Verkaufsstelle oben 1. Trepp.

„Hoffnung“

Berl. Schneiderei-gesellschaft E. G. m. b. G.
N 54, Brunnenstraße 185, Tel. Norden 1591

Aktiva.		Bilanz am 31. Dezember 1920.		Passiva	
	Soll.	Haben		Soll.	Haben
Einstichtungs-Konto	1		Gesellsch.-Anteil-Konto	27 063	73
Reservat-Konto	1		Mitglieder-Darlehens-Konto	78 853	64
Waren-Konto	264 342	45	Konto-Korrent-Stro., Kreditoren	139 921	75
Raffin-Konto	7 721	80	Reservat-Konto	85 237	22
Bank-Konto	135 748		Dispositions-Konto	22 557	50
Spezial-Konto Konsum-Gesellschaft	429	91	Unterstützungs-Konto	84 007	72
Kassiers-Konto	2 179		Spezial-Konto II	14 065	41
Anteil-Konto	3 014	48	Erneuerungs-Konto	25 000	
Debit-Konto G. G. G.	117 450	95	Reservat-Konto	243	97
Linksbilabares Kapital-Konto	3 844	30	Reingewinn	48 531	14
Gumma	534 723	79	Gumma	534 723	79

Mitgliederbewegung

Bestand am 1. Januar 1920 173
Neu eingetreten 22
Ausgetreten durch Kündigung 1
Tod 2
Bestand am 31. Dezember 1920 192
Die Hoffnung betrug am 1. Januar 1920 34 000 Mk.
Sie vermehrte sich um 400
Mischte erhöhte sich um 4 400
Höhe der Hoffnung am 31. Dezember 1920 38 600

Vorherige Bilanz (sowie Gewinn- und Verlustkonto geprüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung gefunden, befehligen die Revisoren:
Berlin, den 15. März 1921.

Gustav Jonas, Aug. Wasse, A. Hinkel, Fr. Ottenhagen.

„Hoffnung“

Berl. Schneiderei-gesellschaft E. G. m. b. G.

Der Vorstand.

Willy Rauth, E. Becker, M. Schmitt, G. Stobbe, K. Spiegelberg.

Rule 55 M. an!

Urb.-Bücherei a. regulierter
Redakter Str. Nettoausland.
Verkäufer Sonntag. Wf.
Hilfsbuch, Beh. G. G. G. G.
Neger, Berlin, Gontardstr. 5

Für das ab 1. September in Prag erscheinende Zentral-
organ der deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei werden
3 Redakteure u. 2 Hilfsredakteure gesucht
Die Redakteure müssen im Sozialismus theoret. geschult,
in d. Sozialjournalistik erfahren sein u. auf d. Boden d. Ver-
triffen d. Wiener Intern. Arbeitergemeinschaft stehen. Be-
sondere d. sozialist. Sprache erwünscht. Die Hilfsredakt.
müssen auch fremdsprachlich sein. Off. u. Gehaltsanfrage
bis d. 8. Juni an d. Sek.ariat der deutsch. sozialdemokr.
Arbeiterpartei, Trinitäts-Str. 1, zu richten.

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg

der U. G. P. D. sucht für 1. Juli eine

Sekretärin

für die Korrespondenz und Organisation. Be-
werbungsschreiben mit Angabe der bisherigen
Tätigkeit und einer kurz gefassten Abhandlung
über die Aufgaben einer Sekretärin sind bis
zum 7. Juni zu richten an Richard Krille,
Berlin A 2, Breite Straße 8-9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsjahre Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1937, 9714.

Achtung!

Dienstag, den 31. Mai 1921, nachmittags 3 1/2 Uhr

Verammlung

der Einrichter und Revisoren

in der Schulaula, Wiesen, Ecke Grenstraße

Tagesordnung:
1. Die Bilanz der Einrichter und Revisoren im Gegen-
satz zu den Bilanz der Arbeiter und welche
Mittel und Wege stehen zur Verfügung, unsere Bilanz
denen der Arbeiterarbeiten annähernd gleichzustellen?
2. Branchenangelegenheiten.

Dienstag, den 31. Mai 1921, abends 5 Uhr

Branchen-Verammlung

der Metall- und Revolverdreher sowie
Dreherrinnen

in der Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15 (Eck 1).

Tagesordnung:
1. Vortrag: „Die weltliche Schule.“ Ref.: Herr Lehrer Sack.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Dienstag, den 31. Mai 1921, abends 6 1/2 Uhr

Branchen-Verammlung

der Former und Berufsgenossen sowie
weiblichen Berufsangehörigen

in der Pharus-Gärten, Müllerstraße 142.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den zentralen Verhandlungen in
den Giebereien.
2. Auswahl eines Branchenleiters.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Dienstag, den 31. Mai 1921, abends 6 1/2 Uhr

Obente der Betriebs- und Arbeiterräte.

Am Dienstag, den 31. Mai 1921, abends 5 Uhr
in der Schulaula, Rappenburg 12

Verammlung

Das Erscheinen sämtlicher Obente ist unabdingbare Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

Dienstag, den 31. Mai 1921, abends 6 1/2 Uhr

Ziehung unwiderruflich 7. bis 13. Juni 1921

Köln-Dombau-
Geld-Lotterie
36 070 Gewinne aus
1 Million M.
200 000 M.
100 000 M.
50 000 M.
Los zu 5 M. Postgeb. Linie 1. 50
H. C. Kröger Berlin W 8
Friedrichstr. 192-197
an der Leipziger Straße

Demnächst erscheint! Demnächst erscheint!

Band 14 der Bibliothek der Kommunistischen Internationale:

S. I. GUSSEW

Die Lehren des Bürgerkrieges

Aus dem Inhalte: Die Front des Bürgerkrieges / Die Armee des Bürgerkrieges
Die besondere Charakteristik der Armeen des Bürgerkrieges / Die Reserven im Bürger-
krieg / Der Bürgerkrieg als Bewegungskrieg / Das Partisanentum im Bürgerkrieg
Die alte und die neue Disziplin / Die Rolle der Kavallerie und Infanterie im Bürger-
krieg / Die Heeresleitung im Bürgerkrieg / Das Milizsystem / Das Hinterland im
Bürgerkrieg usw.

96 Seiten / Preis M. 2.50 (geb. M. 5.-)

Aus der Wirtschaft

Günstige Ernteausichten

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die vermehrte Anwendung von künstlichen und natürlichen Düngemitteln, die ausreichende Arbeiterzahl, sowie die Wiederherstellung der abgebrauchten Produktionsmittel der Landwirtschaft in diesem Jahre günstige Ernteausichten eröffnen. Da auch die Witterung sich bisher günstig entwickelt hat, so ist die Schilderung, die die „Vossische Zeitung“ von den Ernteausichten gibt, durchaus zutreffend. Dort wird festgestellt:

„Koggen hat sich in den frühesten Feldern außerordentlich günstig entwickelt. Das Getreide steht dicht und verhältnismäßig hoch im Stroh, so daß aus einzelnen Gegenden Nachrichten von einer Strohlänge bis zu 2 Metern und darüber vorliegen. Auch die Aehren sind gut entwickelt und stehen in den meisten Gegenden des Landes bereits in voller Blüte. Man würde hiernach, falls nicht stark verzögernde Witterung eintritt, auf eine frühe Ernte rechnen können. Alles in allem darf man nach dem gegenwärtigen durchschnittlichen Aussehen der Koggenfelder auf eine betrübende und merklich größere Ernte als im vorigen Jahre rechnen.“

Sehr günstig lauten die privaten Urteile aus den Hauptweizengebieten unseres Landes über die Weizenfelder, welche in manchen Distrikten einen Rekord versprechen sollen. Der Hafer ist ebenso frühzeitig wie rasch und kräftig emporgewachsen und steht auf rationell bewirtschaftetem Boden allermeist so dicht, daß er dadurch selbst die Kräfte hat, das drohende Unkraut zu unterdrücken. Ueber Gerste hat man bisher wenig von Klagen gehört, was darauf schließen läßt, daß auch diese keinen unbetriebligen Stand hat. Recht günstig lauten die Urteile bisher über die verschiedenartigen Futterstoffe und Kleefelder, für die man fast durchweg in den meisten Gegenden auf befriedigende oder glänzende Erträge hofft.“

Wenn auch der gegenwärtige günstige Stand der Felder und Weizen noch keine absolute Gewähr für eine dementsprechende Ernte gibt, so ist doch die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß die stark entwickelten Pflanzen auch eine etwaige ungünstige Witterung gut überstehen werden.

Diese günstigen Ernteausichten müssen deshalb bei der Frage der Preisgestaltung für Getreide eine große Rolle spielen.

Bergmann-Elektrizitätswerke in Berlin-Reinickendorf

Nach den Beschlüssen der Generalversammlung der Bergmann-Elektrizitätswerke gelangt für 1920 eine Dividende von 15 Prozent zur Auszahlung. Es wurde ferner beschlossen, das Grundkapital um 20 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien werden den Besitzern alter Aktien im Verhältnis von 1:4 zum Kurs von 150 Prozent zum Bezuge angeboten. Da der Kurs gegenwärtig 330 ist, so bedeutet das ein gutes Geschäft für die Aktionäre.

Ueber die Aussichten berichtet der Generaldirektor Dr. Bergmann: Das Unternehmen sei bis auf vereinzelte Abteilungen voll beschäftigt, die vorliegenden Aufträge geben noch auf eine Reihe von Monaten hinaus Arbeit. Auch das Rohmaterial werde sich in einer zufriedenstellenden Entwicklung. Es liegen für dieses Halbjahr bis Ende des laufenden Geschäftsjahres Aufträge vor, die die Gesellschaft sogar zwingen, in zwei Schichten zu arbeiten. Zusammenfassend lasse sich sagen, daß bei einem normalen Verlauf, auch für das gegenwärtige Geschäftsjahr, auf ein befriedigendes Ergebnis gerechnet werden kann, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten.

Die Gewinne der Margarinfabrikanten

Aus dem Jahresbericht der Holländischen Vereinigung zum Betriebe von Margarinfabriken, ein Trust, der den größten Teil der Massenproduktion von Europa beherrscht, zeigt, daß der Einfluß dieser Gesellschaft im Jahre 1920 wiederum beträchtlich gewachsen ist. Das Anteilkapital ist um 4 1/2 Millionen Gulden gestiegen durch die bei 12 neuen Unternehmungen in Dänemark, Schweden, Deutschland und Belgien erworbenen Interessen. Bei fast allen Betrieben, die direkt oder durch Vermittlung von Tochtergesellschaften unter Kontrolle des Trusts stehen, ist eine Erweiterung festzustellen, und es ergibt sich so eine noch nie erreichte Gesamtumsatzsumme. Auch die finanziellen Ergebnisse waren dementsprechend, so daß der Betriebsgewinn für 1920 mit mehr als 4 000 000 Gulden in der Bilanz erscheint. Es wird eine Dividende von 20 Prozent vorgeschlagen, sowie die Ueberschreibung von 2 1/2 Millionen auf neue Rechnung, um etwaige Verluste damit zu decken, die aus einem Preisrückgang der Grundstoffe entstehen könnten. Der Gesamtgewinn betrug 5 999 022,5 Millionen. Wer bringt diese Summen auf? Die Proletarier, die keine Naturbutter kaufen können.

Die deutschen Reeder

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ gibt in Nr. 114 eine Schilderung, wie gut es den deutschen Werften und Reedern im Vergleich zu den englischen geht. Die mangelnde Beschäftigung auf den Werften in England sei für die Engländer um so peinlicher, als gleichzeitig eine andere Folgeerscheinung in der recht guten Tätigkeit der deutschen Werften besteht, denen die Bestrebungen zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte und die Auswirkungen des deutschen Reeder-Abfindungsgesetzes vom 23. Februar 1921

ausreichende, ja, gute Beschäftigung noch auf lange Zeit sichern. Auch der schlechte Stand der deutschen Salata begünstigt die deutschen gegenüber den englischen Werften und Reedereien, da erstere mit nicht unwesentlich niedrigeren Betriebskosten rechnen können als letztere. Deutsche Reeder können daher auf manchen Fahrten noch einen bescheidenen Gewinn erzielen, während dieselben Fahrten bei gleich hohen Weltmarktsätzen für die englischen schon verlustbringend sein können, und die ohnehin freilich heute nur spärlichen Neubestellungen an Schiffen werden von neutralen Staaten eoterior paribus natürlich den ebenfalls billiger arbeitenden und dennoch erstklassige Erzeugnisse liefernden deutschen Werften lieber zuzuflehen als den notgedrungen teureren englischen.“

Die Milliardenzuwendungen aus dem Reichsfiskus an die deutschen Reeder waren also auch von kapitalistischen Gesichtspunkten aus nicht gerechtfertigt, da sie eben infolge der Kriegswirkungen in mancher Beziehung besser daran sind als die ausländischen.

Eine Kleinigkeit von zwei Milliarden

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet im Handelsteil ihrer Nummer 371:

„Die früher in Lothringen anjässige Schweizerindustrie, deren Besitz bekanntlich von den Franzosen sequestriert und liquidiert wurde, hat vor längerer Zeit in Berlin einen Interessentenverband ins Leben gerufen zur Wahrnehmung ihrer Rechte gegenüber dem Reiche. Dem Verband gehören 18 Firmen an, u. a.: Thössen, Deutsch-Luxemburg, Bochumer Verein, Gutehoffnungshütte, Gebr. Stumm, Rombach, Lothringener Hüttenverein, Gebr. Köchling, Kammerische Werke u. a. mehr. Im Jahre 1920 erhielt der Interessentenverband einen Vorschuß von 20 Millionen Mark auf den liquidierten Besitz. In den letzten Tagen ist ein Abfindungsvertrag mit dem Reiche zustande gekommen, wonach die Firmen als Endabfindung eine Milliarde Mark in Reichsschatzanweisungen bis zum Jahre 1925 weiter ausbezahlt wird. Sie erhalten also insgesamt 1920 Millionen Mark, die restlos zum Wiederaufbau zu verwenden sind, sonst aber innerhalb zwei Jahren, soweit sie dazu nicht verwendet wurden, an das Reich zurückbezahlt werden müssen. Diese Abmachung soll den anderthalb-jährigen Friedenswert der früher deutschen Anlagen in Lothringen repräsentieren. Die Verteilung unter die einzelnen Firmen wurde innerhalb des Interessentenverbandes vereinbart.“

Das arbeitende Volk ist durch den Krieg in Elend und Not geraten, den Kapitalisten wirft er heute noch unzählige Milliarden in den Schoß!

Feststellungen zum Falle Syllt

Nach der Tötung Syllts war unter Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern eine Kommission gebildet worden, die die Umstände seines Todes aufklären sollte. Die Kommission hat vor einiger Zeit ihre Tätigkeit eingestellt, da sie der Meinung war, daß bei dem heute in der Justiz herrschenden Kurs eine Aufklärung nicht erwartet werden könne. Die aus Anhängern der KPD bestehende Mehrheit dieser Kommission sendet uns folgende Mitteilung über die Feststellungen, die für sich allein spricht:

Als an dem fraglichen Donnerstage 4 Kollegen des Ermordeten bei dem Polizei-Präsidenten Richter vorprachen, um die Gründe für die Verhaftung Syllts zu erfahren und evtl. seine Freilassung zu erwirken, befand sich derselbe noch lebend im Polizeigewahrsam. Während nun der Polizei-Präsident Richter sich mit den zuständigen Dezenten in Verbindung setzte und die 4 Kollegen Syllts im Vorzimmer des Polizei-Präsidenten warteten, fiel der verhängnisvolle Schuß. Es erscheint uns im höchsten Grade auffällig, daß gerade während der Verhandlung, die sich die Freilassung Syllts zum Ziel gesetzt hatte, der Verhaftete erschossen wurde. Die Verdachtsmomente werden noch wesentlich dadurch vermehrt, daß in der nun folgenden Rücksprache mit dem Reg.-Rat Köhler, Chef der Abteilung I, dieser erklärte, daß er sofort für eine Ueberführung Syllts in ein Krankenhaus Sorge getragen habe. Im Gegensatz dazu steht die Tatsache, daß Syllt erst abends 7 Uhr in die Charité eingeliefert wurde und somit 8 Stunden ohne ausreichende ärztliche Hilfe geblieben ist, und das in einer Großstadt wie Berlin, wo es möglich ist, in einem Zeitraum von wenigen Minuten ärztliche Hilfe herbeizuschaffen. Jeder Arzt wird ohne weiteres bestätigen müssen, daß durch ein derartiges Verhalten der Tod des Verletzten durch innere Verblutung unsehbar herbeigeführt werden mußte. Wenn man nun ferner in Betracht zieht, daß die Leiche Syllts bereits 5 Stunden nach dem erfolgten Tode durch einen nicht dazu berechtigten Arzt und ohne, daß die Zustimmung der Staatsanwaltschaft eingeholt wurde, obduziert worden ist, so ergibt sich hier eine Reihe von so unglaublichen Vorkommnissen, mit Rücksicht auf die beteiligte Ärzteschaft, daß der Glaube an deren Zuverlässigkeit selbst bei dem unbesangenen Beobachter wohl nicht mehr aufkommen kann. Wenn man ferner in Betracht zieht, daß Syllt nach dem Zeugnis des Arztes Dr. Bramer, während er schwerverletzt im Treppenhause des Polizei-Präsidentens lag, von einem Offizier der Schupo mit den Worten: „Berrede, du Mas“ durch Tritte mißhandelt wurde und außerdem eine Zeugin sich erdietet, zu behaupten, daß dem Mörder Syllts namhafte Geld-

zuwendungen gemacht worden sind, so muß man wohl auch daraus folgern, daß der Verdacht, an Syllt sei ein vorbedachter Mord begangen, sich dadurch zur Gewissheit verdichtet.

Dieser Verdacht wird fernerhin durch die Persönlichkeit des Täters, des Kriminalwachmeisters Albert Janide, wohnhaft Oldenburger Str. 35, sowie seine persönliche und politische Vergangenheit wesentlich gestützt. Janide ist aus dem Felde als Gehirn-Epitheliom zurückgekommen und lebt seit der Zeit infolge seiner Krankheit mit seiner Frau in äußerstem Unfrieden. Er ist ein jähorniger, brutaler, gewalttätiger Patron, der seine Frau mit dem Beil derartig schwer verletzt hat, daß dieselbe sich in ärztliche Behandlung begeben und längere Zeit das Bett hüten mußte. Außerdem hat er sich ein Vergnügen daraus gemacht, vor dem Bett seiner Frau sitzend, stundenlang mit seinem Dienstvolk auf ihrer Kopp zu spielen. Dieser Mann ist fernerhin ein Freund des bei jeder gemeinen politischen Ladspitze tätigen „Koland“. Mit ihm zusammen war er Mitglied in der berühmten Abteilung Kessel der Brigade Reinhardt, derselben Abteilung, aus der Weigmann, Zumbroich, Tamshid, Kessel und Kerloch hervorgegangen sind.

Diese oben angeführten Tatsachen sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern sie sind durch Zeugenansagen belegt und zum größten Teil auch aktenkundig. Die Staatsanwaltschaft kann sich durch Einsichtnahme in die Gerichtsakten Nr. 67/J 168/21 124/21 und Ehescheidungsakten Nr. 70/R, 606/19 der 3. J. K. d. L. G. I. davon un schwer überzeugen, daß obige Angaben auf Wahrheit beruhen. Außerdem weist ein Schreiben des Dr. Pin-cus, des eigenen Rechtsanwalts Janides im Ehescheidungs-prozess, ausdrücklich darauf hin, daß die Personalakten des Täters im P. P. ebenfalls einen Teil dieser Angaben enthalten.

Die Untersuchungskommission verlangt auf Grund dieser Ermittlungen

- 1. Die sofortige Anklageerhebung wegen Mordes gegen Janide,
2. die sofortige Verhaftung des Mörders, da sonst die Gefahr vorliegt, daß er nach dem Vorbilde des Vogel, auf Nimmerwiedersehen verschwindet,
3. die sofortige Suspendierung der oberen Instanzen, welche mit dieser Sache in Verbindung standen, und die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen dieselben.

Berliner Bühnen-Spielplan

Vom 29. Mai bis 6. Juni.

Wechselder Spielplan

Volksbühne: 29. 1. 4. 8. Der Vener als Millionär. 30. 2. 5. Das Foh-ant. Die Komödie der Irrungen. 31. 3. Antigon. Neues Volks-Theater: 29. 20. Jugendfreude. 30. 21. Die St. Jakobshof. 31. 22. Schauspielhaus: 29. 23. Maria Stuart. 30. 24. Coriolan. 31. 25. Der Kronprinz. 2. Beer-Geist. 3. 6. 8. Stroh. Die Allege. 4. Die Räuber. 5. Staats. Opernhaus: 29. 26. Josephine. 30. 27. Turandot. 31. 28. Die Räuber. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Allabendlich

Deutsches Theater: Folsch und Verdammt. Kommerzielle: Bis ein-...
Volksbühne: 29. 1. 4. 8. Der Vener als Millionär. 30. 2. 5. Das Foh-ant. Die Komödie der Irrungen. 31. 3. Antigon. Neues Volks-Theater: 29. 20. Jugendfreude. 30. 21. Die St. Jakobshof. 31. 22. Schauspielhaus: 29. 23. Maria Stuart. 30. 24. Coriolan. 31. 25. Der Kronprinz. 2. Beer-Geist. 3. 6. 8. Stroh. Die Allege. 4. Die Räuber. 5. Staats. Opernhaus: 29. 26. Josephine. 30. 27. Turandot. 31. 28. Die Räuber. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 58

